

# Leipziger NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

## ■ „Deckungslücke“ der LVB

Die nächste Fahrpreiserhöhung der Leipziger Verkehrsbetriebe kommt am 1. August. Doch schon jetzt spricht der Hauptgeschäftsführer von weiteren Aufschlägen.

Seite 4

## ■ Wahl unter der Lupe

Eine Analyse der Leipziger Europawahl- und Kommunalwahlergebnisse fördert Aufschlussreiches zutage.

Seiten 8–9

## ■ Ein Oberst wird Attentäter

Hans Bentzien geht in einem neuen Buch über Graf von Stauffenberg der Frage nach, warum ein begeisterter Nazi zum erbitterten Hitler-Gegner wurde.

Seite 12

14

2004

12. Jahrgang

9. Juli

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

# EINGETÜTET

Hartz IV

Einbrock  
SUPPEN

Armenschmauß  
mit Bittergeschmack

3 Mio TELLER

ACHTUNG: Das Auslöffeln kann zum Erbrechen führen.

Marc Ranstetter 2004

Seite 3

## Der Fußball geht voran

*Eine Europameisterschaft mit philosophischer Dimension ist zu Ende gegangen. Eine Umwälzung, ein Umsturz, eine Revolution. Eine Umwertung bisheriger Werte. Europa im Wandel.*

*Die alten stets sieghaften Götter sind in die zweite Reihe getreten, unbemerkt haben sich neue Heroen herangebildet, haben die Bühne betreten und sich den Lorbeer erobert. Nur wenige Wochen vor den Olympischen Spielen in Athen.*

*Die Überraschung ist perfekt. Das bis zum Gehntichtmehr strapazierte fünfzig Jahre alte Wunder von Bern – wenn es je eins war – ist verblasst.*

*„Freilich dreht das Rad sich immer weiter, Daß, was oben ist nicht oben bleibt.“*

*(Brecht, Lied vom Wasserrad) Ein Gleichnis. Auch den Fußball nehmen wir nur als ein Gleichnis. Aber immerhin als ein Zeichen, das an die Vergänglichkeit alten Ruhms und die allgegenwärtige reale Chance der Erneuerung gemahnt. Nicht mehr und nicht weniger.*

• GÜNTER LIPPOLD

## Uni mit Konzern?

Elmar Keller heißt der Mann, der sich beim Rhön-Krankenhauskonzern seine Sporen verdiente und nun – Gottes Wege sind erforschlich – als Geschäftsführer des Universitätsklinikums wieder aufgetaucht ist, das er ab 2005 in einen Gesundheitskonzern verwandeln will. Die Universität jetzt also auch auf dem freien Markt? Ärztliche Ethik kontra Höchstgewinne, so wie bei der Rhön-AG Usus?

Die Gesundheit ist eh längst zur Ware degradiert. Nachdem der von Keller eingeleitete „teils schmerzhaft“ Konsolidierungsprozess die Beschäftigten bereits die Sicherheit des Bundesangestelltentarifs (BAT-Ost) kostete, nachdem neueingestellte Kollegen von vornherein bis zu 400 Euro weniger bekommen, selbstredend die 42-Stunden-Woche eingeführt wird (und das im Schichtbetrieb und mit vorwiegend Frauen als Beschäftigten!) und die Gewerkschaft Ver.di für Keller schon auf verlorenem Posten ist, lässt es sich nun „optimistisch nach vorn schauen“.

Langer Rede kurzer Sinn: Jetzt ist Geld da und Keller baut nach Rhön-Vorbild neu. Und so geht übrigens auch das keineswegs alte Bettenhaus in der Liebigstraße über den Jordan. Dieser Plattenbau! Keller spuckt das Wort förmlich. Denn diese moderne Gebäude aus DDR-Zeiten ist für ihn so überflüssig wie ausreichendes, zufriedenes und ordentlich entlohntes Personal.

• WART

## Treibjagd auf Promis abgeblasen?

Die Springer-Journalisten der LVZ sind empört: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte schränkt die Pressefreiheit ein! Künftig ist es nämlich untersagt, Promis aufzulauern, um sie ungefragt durch Paparazzis per Fotolinse „abzuschließen“ und deren Bilder aus der Privatsphäre auf Papier zu drucken. „Eine falsche Entscheidung“, entrüsten sich Zeitschriftenverleger und Journalisten – das sei Zensur!

Dabei dürfte ein solches Urteil längst überfällig sein. Nicht wegen der Promis und der adeligen Hoheiten. Hier geht es endlich einmal ums Prinzip; darum, ob Persönlichkeitsrechte noch länger einer hierzulande völlig falsch verstandenen Pressefreiheit geopfert werden dürfen. Öffentliche Personen und Personen der Zeitgeschichte sind bei weitem kein Freiwild, denen man unter dem Deckmäntelchen von Pressefreiheit allorts auflauern darf, um ihnen ungefragt Bildinformationen abzunötigen, die sie nicht veröffentlicht sehen möchten. Es gehört ganz einfach zum Handwerk eines anständigen Journalisten, dass Menschen, die etwas sagen oder fotografiert werden sollen, vorher gefragt werden, ob sie das auch wünschen. In bestimmten journalistischen Dunstkreisen wird darauf kein Wert gelegt, das ist bekannt, schließlich gibt es Abnehmer für solche Fotos, die dafür auch tief in die Tasche greifen und hohe Geldsummen berappen. Das sind aber keine Journalisten, wie wir diesen Berufsstand begreifen. Eher Spitzel, die im Auftrag der Verleger heimlich Bildinformationen beschaffen und dafür reichlich belohnt werden.

Was hier Pressefreiheit genannt wird, ist lediglich ein Mäntelchen für hemmungsloses Vermarkten von allem und jedem. Nach diesem Urteil werden die einen nun etwas ärmer, weil sie derartige Fotos nicht mehr verkaufen können, die anderen sparen aber eine Menge Geld, weil die Verleger dafür nicht mehr zahlen müssen. Da können sich die Redaktionen von Zeitungen und Zeitschriften, auch die der LVZ, endlich mehr um wesentliche Dinge kümmern, vielleicht auch um die Umsetzung einer wahrhaftigen Pressefreiheit.

• HANS-JÜRGEN BERG

## Leipziger Stadtwerke-Politik

# Gewinn eingefahren – Preis erhöht

Soeben erhielten Mieter im Hochhaus Tarostraße von den Leipziger Stadtwerken die *Neue Preisliste Bestpreis Strom*. Statt 12,41 Cent für die Kilowattstunde müssen sie nun bei einem jährlichen Verbrauch von bis zu 1676 kWh 16,69 Cent plus Mehrwertsteuer hinblättern. War nicht vor wenigen Tagen die Rede von einer „lediglich“ neunprozentigen Preiserhöhung für „Bestpreis“-Kunden? Glaubt man wirklich, diesen Skandal hinter dem Nebelvorhang eines Tarifwirrwarrs verbergen zu können? Außerdem: Für wie hirnrissig muss ein Kunde gehalten werden, der einerseits neuerliche Preiserhöhungen zu schlucken hat und auf der anderen Seite erfährt, dass die Stadtwerke soeben wieder einen horrenden Jahresgewinn einführen? Den die Stadt dringend brauche, um andere Löcher zu stopfen!

Abgesehen davon, dass neun Prozent schon ein ganz schöner Happen sind, eine Steigerung um ein Drittel für Stadtwerke-Kunden jedoch liegt jenseits von Gut und Böse. Abgesehen davon, dass es üblich wurde, solche Abzocke am Stadtrat vorbei

zu beschließen, wer soll denn das noch bezahlen können?

Erinnern wir uns: Der nun kassierte ursprüngliche Bestpreis-Tarif war ein Alternativangebot zur vorangegangenen Tarifierhebung, die sozial auch schon nicht zu mehr verantworten war.

Es zeige sich einmal mehr, so erklärt die PDS-Stadtratsfraktion, dass die mit der Liberalisierung der Energiemärkte versprochenen Effekte zur Preissenkung nicht eintreten. Im Gegenteil, die Großlieferanten missbrauchen zusehends ihre Marktominanz. Die Fraktion fordert deshalb:

1. Die Einhaltung der Ratsbeschlüsse durch den LVV-Konzern (Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH – s. S. 4) und den OBM, so auch den vom 22. Januar 1997 über die Informationspflicht gegenüber dem Stadtrat.
2. Eine stärkere Kontrolle der Preispolitik der Energielieferanten durch das Bundeskartellamt.
3. Eine moderate Preispolitik der Leipziger Stadtwerke, die die lokale Einkommenssituation und deren Entwicklung berücksichtigt.

• MX

Sömmerda – spricht noch jemand von diesem Thüringer Städtchen? Dabei schrieben wir einst zwischen Elbe und Oder beinahe alle auf Schreibmaschinen, die von dort kamen. Keine Ahnung, wer die Werkstätten nach der sogenannten Wende für marode erklärt oder sie sich für 'nen Appel und ein Ei unter den Nagel gerissen hat. Dennoch, in Sömmerda scheint noch ein Fünkchen sozialistischer Ideen zu glühen. Die PDS erhielt bei den Kommunalwahlen 46,1 Prozent, nicht gerade dicht gefolgt von der CDU mit 28,1 und der SPD mit 7,1 Prozent. Auch in Arnstadt stellt die PDS jetzt die stärkste Fraktion im Rathaus (30,6 Prozent). Gera, was war das für eine lebendige Industriestadt. Heute ist die einstige DDR-Bezirkshauptstadt lediglich Beweis dafür, dass ideale infrastrukturelle Anbindung noch lange keine Gewähr ist, um Investoren anzulocken. Die PDS aber fuhr 36,8 Prozent der Stimmen ein, die CDU folgte mit 28,7, die SPD mit 11,1. Dazwischen die überall im Thüringer Land Punkte sammelnden Wählervereinigungen mit 15,8 Prozent.

Ach ja und Jena: Universitätsstadt, Zeiss, Schott und Genossen und Lothar Späth, der sich dafür feiern ließ, dass ein bisschen von Zeiss weiter bestehen durfte. Er schälte gerade zehn Prozent des einstigen Superkombinats für sich und seine Auftraggeber heraus. Der Rest? Jena, die schwarze Hochburg – Zentrum der aus dem Baden-

Württembergischen eingeflogenen Professoren und anderer Experten, die den Einheimischen ihre Lebensläufe und Lebensleistungen strittig machten – hat nunmehr einen PDS-dominierten Stadtrat.

Schließlich Suhl: Hauptstadt des kleinsten DDR-Bezirktes, über den wir gar nicht ganz so respektlos als autonome Bergrepu-

## Auch Thüringen-Wahl liegt voll im Trend

### Überall Stimmengewinne für die PDS bei den Kommunalwahlen

blik Suhl witzelten. Von dort kamen die weltberühmten Jagdwaffen und die *Schwalben, Stare* und die anderen Vögel der inzwischen Kultstatus erlangten Zweiradserie. Und dann war da dieses original japanische Restaurant, auf Jahre ausgebuht und so etwas wie ein Wallfahrtsort für sozialistische Brigaden. Zumindest deren Geist ist noch da und nun im Stadtparlament, wo die PDS mit 31,8 Prozent stärkste Fraktion geworden ist. In zahlreichen anderen Städten und Gemeinden belegten die demokratischen Sozialisten mit teils beträchtlichen Stimmengewinnen zweite oder dritte Plät-

ze. Der gewiss immer noch CDU-dominierte Freistadt Thüringen geriet ja schon mit den Landtagswahlen eine Woche vorher ins Wanken. Die SPD, die gibt es derzeit noch. Sie hat sogar – wie in Greiz oder Barchfeld – noch Hochburgen. Aber selbst die FDP, die nun wirklich nicht vorkommt in Thüringen, hat ein paar Parlamente erobert. Kommunalwahlen sind eben in allererster Linie Personenwahlen und Ausdruck dessen, was der Bürger sozusagen vor Ort erlebt. Nähe zu ihm, Kompetenz, Glaubwürdigkeit. PDS-Frauen und -Männer kommen da zunehmend an. Und schuld an den überdimensionierten Kläranlagen oder den dicht auf dicht gebauten und nun lediglich Kosten verursachenden Spaßbädern sind sie gleich gar nicht. Die tragen „Westler, Terrorkommandos des freien Unternehmertums“, wie Mathias Wedel jüngst im *Eulenspiegel* klarstellte. Und auch deren einheimische Erfüllungsgehilfen in CDU und SPD. Dagegen protestiert der Wähler. Er resigniert – siehe die Wahlbeteiligung um kaum 50 Prozent. Oder er straft die Schuldigen konsequent ab. Dazu sucht er Alternativen. Und weil sein Erinnerungsvermögen funktioniert, wählt er wieder sozialistisch. So ist Demokratie. Weshalb die Thüringer Kommunalwahlen am Sonntagabend in den ARD-Tagesthemen, als die Zahlen bereits vorlagen, nicht einmal mehr als Stichwort vorkamen.

• MAXI WARTELSTEINER

LN. „Die am 6. Mai 2004 von der US-Kommission für ein freies Kuba veröffentlichten Maßnahmen sind ein 500-seitiger antikubanischer Terrorkatalog“, heißt es in einer Erklärung von Cuba Si, einer AG beim Parteivorstand der PDS. Obwohl die US-Regierung seit 45 Jahren mit offenen und verdeckten terroristischen Aggressionen alles versuche, Kuba zu zerstören, bedeute der jüngste US-Terrorkatalog eine bisher nicht vorstellbare Eskalation: „Das Völkerrecht und die Menschenrechte werden durch jedes Wort mit Füßen getreten. Die deutsche Regierung wie auch die europäische Union schweigen. Ihr Vassallentum gegenüber dem US-Staatsterrorismus ist unerträglich.“

## Kuba in Gefahr!

### US-Terrorismus eskaliert noch weiter

Cuba Si fordert auf, gegen diese faschistoide US-Politik entschlossenen Widerstand zu leisten. Die kubanische Regierung veröffentlichte bereits am 7. Mai 2004 die von den USA erlassenen und für die nächsten zwei Jahre mit 59 Millionen Dollar unterstützten Maßnahmen zur Zerschlagung der kubanischen Revolution. Die USA schaffen demnach einen internationalen Fonds für die Entwicklung der „Zivilgesellschaft in Kuba“. In der Praxis handele es sich

dabei um die Organisation eines Korps von Kurieren, die der kubanischen Konterrevolution finanzielle und logistische Hilfe überbringen.

Ferner soll mittels eines „Stipendienprogramms“ das Studium ausgewählter kubanischer konterrevolutionärer Elemente vor allem in den USA gefördert werden. Allein 18 Millionen Dollar fließen in Rundfunk- und Fernsehprogramm, die von einem Flugzeug des Typs C-130 aus gesendet werden sollen.

Und wohl nur noch zwischen dumm und arrogant einzuordnen ist die US-Finanzierung eines Programms „Pro Demokratie für Jugendliche, Frauen und Kinder afrikanischen Ursprungs“.

## Beerdigen, statt nur verschieben!

Die von CDU-Ministerpräsident Milbradt und SPD-Landesvorsitzenden Jurk geforderte Verschiebung von Hartz IV geht am Problem vorbei, das Gesetz muss sofort beerdigt werden, fordert Prof. Dr. Peter Porsch, Vorsitzender der PDS-Landtagsfraktion. Der fundamentale Unterschied zwischen CDU/SPD und der PDS bestehe darin, dass sich Milbradt und Jurk den Kopf über Organisationsfragen zerbrechen, während die PDS klar sage: Die gezielte Verarmung Hunderttausender Menschen allein in Sachsen darf überhaupt nicht organisiert werden, weder gut noch schlecht.

Milbradt habe dem Hartz IV-Gesetz im Bundesrat im vergangenen Jahr zugestimmt und sei sich darin mit Jurk völlig einig gewesen, denn der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion hatte in einer Pressemitteilung unmissverständlich kundgetan: „Bei Hartz IV ist die soziale Balance geschafft – Sachsen soll im Bundesrat unbedingt zustimmen.“ Dass man von 331 Euro nicht leben kann, hätten weder Jurk noch Milbradt begriffen. Das aber sei der springende Punkt, und nicht irgendein Optionsmodell.

Die sächsischen Bundestagsabgeordneten haben – so Porsch – die von Schröder, Merkel, Stoiber und Westerwelle im Dezember 2003 ausgehandelte Kampfansage an die Arbeitslosen widerstandslos hingenommen und dem Kompromiss zugestimmt. Zeitgleich habe Ministerpräsident Milbradt im Bundesrat zu Hartz IV Ja gesagt. Das vorliegende Kompromiss sei nicht reparabel.

Nach der Presseerklärung von Leipzigs Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee, in der er die Ergebnisse im Vermittlungsausschuss zu Hartz IV begrüßt, während sein neuer SPD-Landesvorsitzender Thomas Jurk wesentlich kritischer mit dem so genannten Kompromiss ins Gericht geht, äußerte der sozialpolitische Sprecher der PDS-Stadtratsfraktion, **MDL Dr. Dietmar Pellmann**: „Dass Wolfgang Tiefensee auch nur die kleinste Veränderung bei der Umsetzung des Hartz-IV-Gesetzes begrüßt, ist verständlich, will er doch damit von seiner Mitverantwortung als Mitglied der ehemaligen Hartz-Kommission ablenken. Wenn, wie er in seiner Erklärung schreibt, die Vorschläge

Ein Spitzenmanager hat sich die Sache ausgedacht,  
eine Bundestagsmehrheit hat sie beschlossen

# Hartz IV ante portas

Die PDS-Bundestagsabgeordnete **Petra Pau** äußerte in der Debatte des Deutschen Bundestages zur Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe:

Wir reden heute abschließend über das 4. „Hartz“-Gesetz – zumindest hier drinnen, im Bundestag. Draußen, im wahren Leben, wird Hartz IV noch lange für Gesprächsstoff sorgen. Spätestens dann, wenn Millionen hautnah erleben, was das Gesetz praktisch bewirkt. Denn Hartz IV ist kein Reformpaket, Hartz IV ist ein Armutsgesetz. Deshalb lehnt die PDS es auch ohne Wenn und Aber ab.

Sie haben im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat zäh um einen Kompromiss gerungen. Die Kommunen bekommen mehr Geld, als ursprünglich gedacht. Außerdem werden mehr Kommunen unmittlerbar für ihre Arbeitslosen zuständig sein. Aber das sind nur Ausführungsvereinbarungen. Der Kern von Hartz IV bleibt: Sie greifen Armen in die Tasche und zwingen sie zur Fron. Hartz IV schafft nicht einen Arbeitsplatz. Die Kollateralschäden aber sind gewaltig. Ich will drei skizzieren:

- Wer künftig Arbeitslosengeld

II empfängt, muss mit 345 Euro im Westen bzw. 331 Euro im Osten auskommen. Immer vorausgesetzt, die Betroffenen und ihre Angehörigen haben vormem ihre Ersparnisse abgeräumt. Wirtschaftsminister Clement findet das gerecht. Ich nenne das höchst unsozial. Obendrein wird Altersarmut programmiert.

## Kein Reformpaket – ein Armutsgesetz

Denn die meisten Betroffenen müssen ihre **Lebensversicherungen kündigen**, damit sie das Arbeitslosengeld II erhalten. Das widerspricht der gesamten Renten-Theorie von Rot-Grün. Sie beschließen es dennoch. Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (PDS) hat hochgerechnet, dass allein in der Hauptstadt etwa 400 000 Berlinerinnen und Berliner in den Strudel gerissen werden. Bundesweit sind es Millionen.

- Die Arbeitsminister Ost ha-

ben schon vor Monaten festgestellt: Durch Hartz IV wird die **Kaufkraft weiter schwinden**, damit auch die Nachfrage, und mit ihr werden weitere Unternehmen in die Pleite getrieben. Es werden also keine Arbeitsplätze geschaffen, im Gegenteil, sie werden vernichtet.

- Wer künftig arbeitslos wird, muss jeden Job annehmen, egal wo und auch **weit unter Tarif**. Damit dreht Rot-Grün weiter an einer großen Abwärtsspirale. Billig-Lohn wird zum Standard und Tarif-Löhne werden zur Ausnahme. Schon heute gibt es ganze Berufsgruppen, die für Stundenlöhne zwischen 2,50 und 3 Euro arbeiten. Leben kann man davon nicht. Die Gewerkschaften warnen vor „sozialpolitischen Sprengstoff“. Nun noch ein Wort an die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Göring-Eckardt aus Thüringen. Sie haben Hartz IV trotz allem gelobt und jede Kritik am Arbeitslosengeld II zurückgewiesen. Normalerweise gönne ich niemandem Schlechtes. Aber wenn ich einen Wunsch frei hätte, dann den: Nämlich, dass Sie – möglichst bald und leibhaftig – erleben müssen, was Sie anderen mit Hartz IV antun.



VW-Manger Hartz

## Nicht Niedriglohnjobs fördern

LN. Vor dem Hintergrund der Verhandlungen über Hartz IV hat der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und neue Landesvorsitzende seiner Partei, Thomas Jurk, den massiven Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse gefordert. Besonders strukturschwachen Regionen wie der Lausitz und dem Erzgebirge fehle es an Alternativen für Arbeitslose. Hier drohe die Verarmung ganzer Landstriche. Er kritisierte zugleich das Niedriglohnkonzept der Landesregierung. Es wolle flächendeckend nur bestehende Arbeitsverhältnisse durch staatlich subventionierte Niedriglohnjobs ersetzen.

## Keine klare Regelung zum Ersatz der Wohnkosten

Über ihre grundsätzliche Kritik am Hartz-IV-Gesetz hinaus macht die sächsische PDS auf ein bisher meist nicht gesehens soziales Folgeproblem aufmerksam:

Im Zuge der Umsetzung des Hartz-IV-Gesetzes werden die Bezüge der Dauerarbeitslosen auf Sozialhilfeniveau abgesenkt, das gilt auch für die

Wohn- und Heizkosten. Zwar wurde im Vermittlungsausschuss der Kostenersatz für die Kommunen aufgestockt, und es gibt eine Revisionsklausel zur Erstattung steigender Wohnkosten. Welche Wohnkosten jedoch als angemessen angesehen werden, ist bis heute nicht geregelt. Die Details des Kostenersatzes sind bislang unklar. Hier haben die Kommunen wei-

ter den schwarzen Peter. Die bisherigen Wohnkostengrenzen des Bundessozialhilfegesetzes dürfen nicht zum 1. Januar 2005 einfach auf die Gesamtgruppe der Leistungsbezieher nach Arbeitslosengeld II und Sozialgeld übertragen werden. Stattdessen ist die „Angemessenheit“ der Wohnkosten vorsorglich so zu definieren, dass die Auflösung laufender Miet-

verhältnisse ab 1. Januar 2005 auszuschließen sind. Ansonsten würden allein in Sachsen Zehntausende von Langzeitarbeitslosen und ihre Familien zur Aufgabe ihrer bisherigen Wohnung gezwungen werden. Eventuelle Mehrkosten müssen sich die Kommunen vom Bund zurückholen. Das ist ja der Sinn der Revisionsklausel. Wer arbeitslos wird, darf nicht auch noch aus der Wohnung gedrängt werden.

## Der Mitschuldige

der Hartz-Kommission inzwischen in wichtigen Teilen erstellt worden seien, dann sollte er endlich wirklichen Widerstand gegen das gesamte Gesetzeswerk leisten, anstatt es immer noch tapfer zu verteidigen.“

Tiefensee habe bekanntlich seine Unterschrift unter das Hauptvorhaben der Einführung des Arbeitslosengeldes II in Höhe von 331 Euro gegeben und sollte jetzt nicht so tun, als ob ihm die verheerenden Auswirkungen auf mindestens ein Drittel der Leipziger Bevölkerung nicht vorher bewusst gewesen seien. Ihm könne auch nicht entgangen sein, dass es sich bei Hartz

IV um ein reines Westprogramm handelt, weil es in den neuen Bundesländern keine neuen Arbeitsplätze schafft, sondern durch den erheblichen Kaufkraftabbau eher zur Arbeitsplatzvernichtung beitragen wird. Das werde auch das heimische Handwerk und Gewerbe vor neue Existenzfragen stellen.

Die PDS-Fraktion, so Pellmann, erwartet angesichts der neuen Situation von der Stadtverwaltung umgehend neue Konzepte zur Beschäftigungsförderung im Sinne eines öffentlich geförderten Sektors. Die Leipziger PDS fordert zugleich umgehend eine detaillier-



Wolfgang Tiefensee

te Aussage über die Auswirkungen von Hartz IV auf Leipzig und insbesondere auf die durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Betroffenen. Keinesfalls will die PDS Vorstellungen für einen Personalabbau im Sozialamt akzeptieren, weil die erheblichen zusätzlichen Belastungen eher kurzfristig eine Stellenaufstockung erfordern.

Zuzustimmen sei dem Oberbürgermeister darin, dass der Freistaat Sachsen sämtliche Mittel, die er z. B. bei der Wohngeldzahlung einspart, ungekürzt an seine Kommunen weiterreichen müsse. Gleiches gelte für die Mittel, die im Vollzug von Hartz IV vom Bund bereitgestellt werden. Allerdings sei anzuzweifeln, dass die Aufstockung der Bundesmittel auf 3,2 Milliarden Euro ausreicht, um die neuen Belastungen der Kommunen vollständig auszugleichen. (LN)

**M**achen wir uns nichts vor – die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, ein Konzern von insgesamt neun Unternehmen (Stadtverkehr, Fahrzeuginstandhaltung, Infrastruktur, Transport und Logistik, Service, Aus- und Weiterbildung, Bus-Regionalverkehr, Verkehrsconsult, Straßeninstandsetzung) und weiteren assoziierten und beteiligten Betrieben, ist eine Unternehmensgruppe, die nicht einfach zu überschauen ist. Gesellschafter sind zu 95 Prozent die städtische Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (LVV) und zu 5 Prozent der Landkreis Leipziger Land.

Das Kerngeschäft bildet die Besorgung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) für rund 670 000 Einwohner in der Stadt und Region Leipzig auf zirka 1000 Quadratkilometern. Dieser rollt im Jahre 2004 mit 423 Straßenbahntrieb- und -beiwagen und 105 Omnibussen auf insgesamt 14 Straßenbahnlinien (Gesamtlänge: 217 km) und 60 Buslinien (1160 km) und beförderte 2003 rund 107 Millionen Fahrgäste.

Die LVB-GmbH wurde in ihrer heutigen juristischen Form im Jahre 1993 durch Entscheidung der Treuhand aus dem VEB Kombinat Verkehrsbetriebe der Stadt Leipzig gebildet.

In den vergangenen elf Jahren sind durchaus beachtenswerte und für die Fahrgäste sichtbare Ergebnisse erreicht worden. Erinnert sei an die Modernisierung der 142 Tatra-Wagen (1992–94), die Schaffung der Straßenbahnverbindung zur Neuen Messe (1996), die Inbetriebnahme der neuen Verkehrsleitstelle im Betriebshof Angerbrücke (2000) und den Umbau der Karl-Liebknecht-Str. zur modernen Stadtbahntrasse (2004). Heute fahren auf vielen Strecken moderne Niederflur-Gelenktriebwagen, die Tatrazüge sollen 2005 endgültig der Vergangenheit angehören. Die LVB stieg sogar in die Fahrzeugproduktion ein und entwickelte eigenständig den Straßenbahnzug „Leoliner“, dessen Beschaffungskosten bei nur 60 Prozent gegenüber herkömmlichen Fahrzeugen liegen.

Am 29. Juni nun präsentierte die Geschäftsführung der LVB auf einer Pressekonferenz den Konzern als ein modernes und leistungsfähiges Unternehmen. Der auf den ersten Blick beeindruckende Geschäftsbericht 2003 über

# Hintergründe und Konsequenzen einer „Deckungslücke“

**LVB macht für Fahrpreiserhöhungen und Einsparung von Personalkosten Bund, Freistaat und die Stadt Leipzig verantwortlich**

die Entwicklung und wirtschaftliche Lage der Leipziger Verkehrsbetriebe weist eine im wesentlichen ausgeglichene Bilanz und einen Rückgang der Verluste (Fehlbetrag 2003: 5,2 Mill. Euro) gegenüber dem Jahre 2002 aus, die Liquidität aller Unternehmen ist gewährleistet.

Es gibt allerdings eine Reihe von Problemen, die im Bericht und in der Diskussion sichtbar wurden.

Das betrifft vor allem die Tatsache, dass durch die Reduzierung von Fördermitteln und Zuschüssen von Bund, Land und Stadt ein Fehlbetrag von 110 Mill. Euro für notwendige Investitionen (500 Mill.) bis 2012 entstanden ist. Im Konzernlagebericht der LVB wird dazu auf Seite 121 konstatiert, „dass vor dem Hintergrund der weiteren, zum Teil dramatischen Verschlechterung der Haushaltslage von Bund, Ländern und Kommunen die Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) drastisch reduziert bzw. vollständig eingestellt wird“.

Reduziert wurden zum Beispiel – die im Personenbeförderungsgesetz festgelegten Ausgleichszahlungen für die ermäßigte Beförderung von Schwerbehinderten,

– der Ausgleichsbetrag für die Beförderung von Auszubildenden (Schulwegbeförderungskosten) und

– der nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz zu zahlende Zuschuss für den Schienennahverkehr.

Allerdings trug auch die LVB zum Fehlbetrag bei. Sie verzichtete (!) ab 2003 „im Interesse der Konsolidierung des Haushaltes der Stadt Leipzig“ für drei Jahre auf alle zustehenden Beiträge aus dem Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag zwischen Stadt, LVV und LVB, die die Summe von 58,8 Mill. jährlich übersteigen. Das waren 2003 bereits 6,4 Mill. Euro.

Außerdem liegen Informationen vor, wonach eine Summe von 1 Mill. Euro



Investitionsmittel 2004 an die Stadt zurückgegeben wurde. Dadurch gingen 4 Mill. Euro verloren, denn diese Investitionsmittel werden zu 75 Prozent vom Freistaat gefördert.

Die „Deckungslücke“, wie der genannte Fehlbetrag von 110 Mill. Euro genannt wird, soll nun durch betriebliche Einsparungen ausgeglichen werden. In diesem Zusammenhang kündigte der Hauptgeschäftsführer W. G. Hanns (SPD) für die Zukunft weitere Fahrpreiserhöhungen an, obwohl ab 1. August 04 die LVB-Tarife schon wieder klettern.

Die überhöhten Fahrpreise sind es, die bereits seit Jahren die meisten Fahrgäste nerven. In einer in den Materialien der LVB veröffentlichten selbstinitiierten Kundenbefragung werden Qualität, Pünktlichkeit, Sicherheit, Fahrkomfort usw. der LVB durchschnittlich mit der Note 2, die Fahrpreishöhe jedoch mit 3 bewertet.

Die Stadt, die laut ÖPNV-Gesetz des Freistaates Sachsen eigentlich für eine leistungsgerechte und die Interessen der

Bürger berücksichtigende Organisation und Kontrolle des öffentlichen Personennahverkehrs (Daseinsfürsorge) verantwortlich ist, hat der Preiserhöhung in eigenem finanziellen Interesse zugestimmt. Eine gleiche Entscheidung ist ja dieser Tage auch hinsichtlich der Erhöhung der Strompreise durch die Stadtwerke bekannt geworden.

Gleichzeitig fragen Verkehrspolitiker in diesem Zusammenhang, ob die LVB die durch die fehlenden Zuschüsse entstandenen Mindereinnahmen nutzt, um die Bürger noch höher als erforderlich zu belasten.

Eine weitere, bereits angekündigte Maßnahme der Geschäftsführung der LVB für die aufgrund der „Deckungslücke“ notwendig gewordenen Einsparungen ist die Senkung der Personalkosten um 20 Millionen Euro (!). In Kürze werden Verhandlungen mit den Gewerkschaften über Auswirkungen der Mindereinnahmen auf Löhne, Arbeitszeiten usw. beginnen. Man darf gespannt sein, ob die Feststellung des früheren Gewerkschaftsfunktionärs und jetzigen Hauptgeschäftsführers Hanns zutrifft, wonach diese Gespräche nicht weiteren Personalabbau und eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zur Folge haben müssen. Gerade das Letztere ist zu bezweifeln, denn die Durchbruchsschlacht der großen Unternehmen, einschließlich des Öffentlichen Dienstes, für eine Arbeitszeitverlängerung im ganzen Land auf 40 und sogar 42 Wochenstunden ist im vollen Gange und von Gegenwehr der Regierungspolitik weit und breit nichts zu spüren.

Die „Deckungslücke“ in der Bilanz der LVB ist also auf der einen Seite der Nachweis der Unfähigkeit der Politiker, die Probleme in den Griff zu bekommen, und auf der anderen ein Vorwand, den Angriff auf das Portemonnaie der Fahrgäste und Arbeitnehmer zu rechtfertigen.

• **MANFRED BOLLS**

## Ein Betroffener will sich engagieren

**Andreas Lemme – einer der Neulinge in der PDS-Stadtratsfraktion**

In den kommenden fünf Jahren wird im Kreise der 19 Stadträtinnen und Stadträte mit PDS-Mandat, die zum größten Teil alte Hasen in der Leipziger Kommunalpolitik sind, sich erstmals auch ein junger Mann mit seinen Erfahrungen und seinem Willen zum Besseren im städtischen Leben einbringen: Andreas Lemme, 33 Jahre alt, gelernter Buchdrucker, in den letzten Jahren als Einzelhändler in der Textilbranche tätig. Doch, wie es in vielen Fällen ist – das lief nicht so gut, wie er sagt. Seit einigen Monaten ist er arbeitslos. Also noch nicht langzeitarbeitslos

und damit Hartz-IV-Opfer wie im Arbeitsagenturbereich Leipzig bereits Tausende in seiner Altersgruppe. Aber die Situation hat ihn getrieben, sich nicht nur um sein eigenes Fortkommen zu bemühen, sondern für alle etwas zu tun, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur recht und schlecht ihr Leben fristen können. In den Wochen vor der Wahl ist er mit vielen Leipzigern ins Gespräch gekommen, die eine andere Politik in der Stadt wollen. Und das jüngst zutage getretene Loch im Leipziger Finanzhaushalt macht ihm große Sorge und gibt ihm



eine Vorstellung von der Schwierigkeit, unter solchen Bedingungen die Interessen der Bürger zu wahren. Andreas Lemme ist im Wahlkreis 6 gewählt worden, hatte dort nach dem langjährigen Stadtrat Reiner Engelmann die höchste Stimmzahl auf

der PDS-Liste und will auch künftig vor allem in diesem Bereich, dem Stadtbezirk Südwest, wirksam werden: Plagwitz, Schleußig, Kleinzschocher, Großzschocher... Vor allem natürlich auf dem Gebiet, wo er selbst Erfahrungen aufweisen kann. Das Schicksal des Felsenkellers, für den seit langem ein Investor gesucht wird, liegt ihm am Herzen. Er denkt daran, eine enge Verbindung zu dem in Plagwitz tätigen Verein der Händler zu pflegen, um mit ihm gemeinsam dafür Sorge zu tragen, dass ihr Konzept zur Vermietung leerstehender Läden und insgesamt zur Belebung des Geschäfts in die Tat umgesetzt wird.

Er weiß aber auch, dass er künftig als Mitglied der PDS-Fraktion, in die er als Parteiloser auf deren offene Liste gekommen ist, Mitverantwortung zu tragen hat für das Geschick der Stadt insgesamt und dass er als Neuling hier zunächst noch viel zu lernen hat.

• **G. L.**

## Nötigung zu unbezahlter Mehrarbeit ist Unzucht mit Abhängigen ...

Dieser Klarstellung der PDS-AG betrieb & gewerkschaft ist nichts hinzuzufügen

Mit der Drohung, Arbeitsplätze nach Ungarn zu verlagern, hat Siemens von 4000 Beschäftigten der Mobilfunkproduktion die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche erpresst – und zwar ohne Lohnausgleich. 40 Stunden-Woche zum Lohn von 35, das entspricht einer Lohnsenkung von rund 15 Prozent. Kein Wunder, dass nun auch Daimler-Chrysler, MAN und andere Konzerne ihre Beschäftigten zu unbezahlter Mehrarbeit zwingen wollen.

### ... führt zu flächendeckender Lohnsenkung

Siemens hat einen Dambruch erzwungen, weil die erfolgreiche Nötigung Nachahmer finden und die Arbeitseinkommen auf breiter Front nach unten drücken wird. Der Lohnwucher ist freilich nicht nur sittenwidrig, weil er die Schutzlosigkeit der Beschäftigten schamlos ausnutzt, er schadet auch der Binnenwirtschaft. Was man aus moralischer Sicht nur als Unzucht mit Abhängigen bezeichnen kann, ist gleichzeitig ein ökonomischer Bumerang.

Selbst wenn die Wirtschaft langsam wieder

### ... wird noch mehr Arbeitsplätze vernichten

wachsen sollte, wird das Wachstum unter den Bedingungen längerer Arbeitszeiten keine neuen Arbeitsplätze bringen, weil die wachsende Nachfrage durch das Angebot an kostenloser Mehrarbeit mehr als ausgeglichen wird. Macht die Nötigung von Siemens Schule, wird den Unternehmen sogar mehr Arbeit zur Verfügung stehen, als der Aufschwung benötigen würde.

Am Ende werden mehr Arbeitsplätze vernichtet, als durch das Wirtschaftswachstum entstehen. Gleichzeitig zeigt das Beispiel Japans, dass eine flächendeckende Lohnsenkung die Wachstumskräfte zum Erlahmen bringt und in einen lang anhaltenden Wirtschaftsabschwung mündet. Es war zu erwarten, dass die Unternehmerverbände im Chor mit der Union den Siemens-Coup bejubeln. Dass SPD-Berater Dohnanyi derweil sogar die 42-Stunden-Woche fordert, zeigt nur einmal mehr, dass diese Bundesregierung offenbar mehr Angst vor der neoliberalen Konkurrenz als vor dem Totalverlust ihrer Stammwählerschaft hat.

### ... und verlangt entschiedenen Widerstand

- Der Druck auf die rot-grüne Politik muss deutlich größer werden.
- Konzerne wie Siemens, die mit Milliarden aus der Staatskasse zu Exportweltmeistern aufgebaut wurden, müssen diese Subventionen zurückzahlen, wenn sie Arbeitsplätze in Niedriglohnländer verlagern.
- Europa darf kein Selbstbedienungsladen der Konzerne werden. Nichts ist jetzt notwendiger als grenzüberschreitende Solidarität der Gewerkschaften. Wir müssen dem gegenseitigen Herunterkonkurrieren der Belegschaften Grenzen setzen, denn die Gewinner von heute werden die Erpressungsoffer von morgen sein.
- Übrigens: Man kann über die Betriebspolitik von Siemens auch an der Ladenkasse abstimmen. Wer Arbeitsplätze in Niedriglohnländer verlagert, soll dort auch seine Produkte verkaufen.

## IG Metall Leipzig:

## Tarif-Flucht verhindern

LN. Es scheint schon eine sehr verkehrte Welt, wenn ausgerechnet eine Gewerkschaft, im konkreten Fall die IG Metall Leipzig, den Verband der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie (VSME) auffordern muss, seine Selbsterstörung zu beenden. Durch dessen schleichende Zersetzung verliert die IG Metall ihren Vertragspartner für Tarifverhandlungen. Andererseits haben sich Unternehmer mit der Anerkennung von Flächentarifverträgen einst selbst ein sicheres Fundament, überschaubare Arbeitsbedingungen geschaffen. Der Präsident des VSME jedoch, Bodo Finger, will jetzt den Flächentarifvertrag für die Beschäftigten dieser Branche aushebeln. Ja, es werden sogar Arbeitgeber, die diesen Kurs aus einem gutem Selbsterhaltungstrieb heraus kritisieren, aus dem Verband gedrängt, wie jüngst die VW Sachsen GmbH. Der sächsische Metallarbeitgeberverband verliert mit VW nicht nur sein größtes Mitglied, er wird auch zusehends bedeutungsloser.

Welches Problem aus dem arroganten Vorgehen allerdings für die IG Metall Leipzig entsteht, benennt deren 1. Bevollmächtigte, Sieglinde Merbitz: „Wir müssen die Flucht aus dem Flächentarifvertrag verhindern, denn Tarifverträge schützen unsere Mitglieder vor Willkürmaßnahmen der Arbeitgeber. Wir fordern den VSME auf, zu partnerschaftlichen und verlässlichen Arbeitsbeziehungen zurückzukehren und mit der IG Metall wieder in einen Dialog einzutreten.“

Immerhin: VW Sachsen trat inzwischen in den Verband der Metall- und Elektroindustrie Berlin Brandenburg (VME) ein. Der brandenburgische Verband steht für einen partnerschaftlichen Umgang mit der IG Metall.

Als Gott die Welt erschaffen hatte, sah er, dass sie auf schwachen Füßen stand. Und er stellte sie auf den Kopf. REINHARD LOCHNER

• *Herzlichen Glückwunsch, Michael Nimz, zur Wahl als Kreisvorsitzender des neu gegründeten DGB-Kreises Muldentalkreis/Döbeln.*

*Aber: Brauchen wir eigentlich noch Gewerkschaften? Hat der DGB mit seinen Mitgliedsorganisationen das Kämpfen nicht längst verlernt?*

Mir ist klar, dass sehr viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit Recht spürbare Aktivitäten der Gewerkschaften im Muldentalkreis und Döbeln erwarten – Aktivitäten, die ihre Ausstrahlungskraft in unserer Region verstärken, die Mitglieder aktivieren und damit zu einer größeren gewerkschaftlichen Kampfkraft führen.

Das aber kann der frisch gewählte Kreisvorstand des neuen DGB-Kreisverbandes „MTL-Döbeln“ nicht allein schaffen. Dazu bedarf es der Zusammenarbeit aller gewerkschaftlich organisierter Kolleginnen und Kollegen, die hier zu Hause sind.

Zu sehen ist aber auch dies: Entweder bin ich als lohnabhängig Beschäftigter gewerkschaftlich organisiert und kann mich daher mit Hilfe meiner Gewerkschaft zur Wehr setzen, z. B. mittels Streik oder des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes bei Kündigungen, oder ich bin es eben nicht und muss also sehen, wie ich allein und ohne Unterstützung zurechtkomme.

Außerordentlich wichtig ist natürlich, dass nach wie vor die Gewerkschaften gesetzlich anerkannte Tarifpartei gegenüber den Arbeitgeberverbänden sind. Tarifverträge waren und sind immer noch wichtiger Bestandteil des Ausschlusses bzw. der

*den. Das ist beim Aktionstag am 3. April ja auch geschehen. Wo waren aber die Gewerkschaften beim ersten Aktionstag im vergangenen November? Warum schrecken sie noch immer vor einem politischen Streik zurück? Spielt da die traditionelle Nähe*

wegungen. Natürlich sind die Gewerkschaften geschichtlich bedingt in der Nähe der SPD. Das sieht man schon daran, dass viele führende GewerkschaftsfunktionäreInnen sozusagen traditionell das SPD-Parteibuch in der Tasche haben. Und möglicherweise hat das auch Auswirkung auf den Grad des Widerstandes der Gewerkschaftsbewegung gegen die derzeitige unsoziale Politik. Ich kann mir schon vorstellen, dass es für Interessensvertretung der Gewerkschaften einfacher wäre, wenn die SPD nicht am Ruder der Bundesregierung stehen würde.

• *Wenn Gewerkschaftsfunktionäre mit SPD-Parteibuch die Nase voll haben von der unsozialen Politik ihrer Partei, dann kommen sie in der Regel nicht zur PDS, sondern sie denken – wie aktuell in Chemnitz – eher über die Gründung einer weiteren Partei nach. Wo siehst du die Ursachen für die schwache Verankerung der PDS in den Gewerkschaften?*

Ich meine, dass es auf beiden Seiten eine ganze Anzahl von Vorurteilen, Wunden und Fehlentwicklungen aus der Vergangenheit gibt.

Aus meiner Sicht und meinen Erfahrungen hat sich allerdings das Verhältnis zwischen PDS und Gewerkschaften in Sachsen recht gut entwickelt, könnte aber

bestimmt noch besser sein. Zumal die Gewerkschaften offensichtlich bereit sind, enger mit der PDS zusammenzuarbeiten – natürlich nur auf der Ebene gleichberechtigter Partner. Und beherzigt man die Lehren der Geschichte, insbesondere der jüngsten, dann ist das gut und richtig so. Denn die ange-maßte führende Rolle der SED auch und gerade gegenüber den Gewerkschaften in der DDR hat uns ziemlich viel Kummer und Sorgen und auch Deformationen gebracht.

Das heißt allerdings nicht, dass zum Beispiel das in der Wirtschaft allerorts anzutreffende Shareholder-Value-Prinzip – sozusagen die führende Rolle des Profits für die Aktionäre – vergleichsweise besser ist. Zu welchen gesellschaftlichen und menschlichen Deformationen dies führt, zeigt uns die Politik des sozialen Kahlschlags.

Eine Möglichkeit, das Verhältnis zwischen PDS und Gewerkschaften zu verbessern, ist, dass alle lohnabhängig Beschäftigten mit PDS-Parteibuch aktive Mitglieder der Gewerkschaften werden. Das wäre ein klares Signal für eine ernsthafte Partnerschaft. Für Sozialistinnen und Sozialisten müsste eine Gewerkschaftsmitgliedschaft ohnehin politisches Bedürfnis sein.

• DAS GESPRÄCH FÜHRTE VOLKMAR WÖLKES

## Mulentalkreis/Döbeln erhielt neuen DGB-Kreisvorstand

# Brauchen wir noch Gewerkschaften?

Im Gespräch mit dem Vorsitzenden Michael Nimz

Verminderung des Lohndumpings, sozialen Friedens in Deutschland. Der ist allerdings durch die unsoziale Politik der derzeitigen Bundesregierung – Stichworte „Agenda 2010“, „HARTZ I bis IV“ – starken Angriffen durch marktradikale und neoliberale Kräfte ausgesetzt. Und damit ist übrigens ein bisheriger wesentlicher Standortvorteil Deutschlands in Gefahr.

• *Viele Menschen, auch Gewerkschaftsmitglieder, hatten eigentlich erwartet, dass sich die Gewerkschaften bei außerparlamentarischen Massenkaktionen gegen den Sozialkahl-schlag an die Spitze stellen wür-*

*zur SPD eine Rolle?*

Ich denke, die Gewerkschaften haben im November 2003 den Widerstandswillen vieler Menschen gegen den Sozialkahl-schlag der Bundesregierung und die Organisationsfähigkeit der sozialen Bewegungen wie attac einfach unterschätzt. Allerdings sage ich auch ganz klar: Um dauerhafte positive Änderungen in diesem Land für die lohnabhängig Beschäftigten zu erreichen, bedarf es mehr als 500 000, die auf der Straße für ihre Rechte und Errungenschaften demonstrieren. Und darüber hinaus bedarf es einer EU-weiten Zusammenarbeit der gewerkschaftlichen Interessensvertretungen und sozialen Be-



**Peter Porsch.**

**PDS-Fraktionsvorsitzender:**

## Blicke von Leuchttürmen auf Ameisen

*Herr Biedenkopf hat mir im Landtag bestätigt, dass mein Blick auf das Land ein völlig anderer ist als seiner. Er hat recht: Mein Blick ist der Blick der PDS, die Sicht der wirklichen Leistungsträger in der Gesellschaft: der alleinerziehenden Mütter, der kleinen Handwerksmeister und Händler, der teilzeitbeschäftigten Grundschullehrerinnen, aber auch der Arbeitslosen, die täglich um ihre Existenz kämpfen, der Auszubildenden und Studierenden.*

*Unser Blick ist der Blick aus dem Alltag des Landes heraus auf die Menschen. Es ist der Blick des Volkes, wie wir es verstehen. Kurt Biedenkopfs Blick und der von Georg Milbradt und seiner CDU ist der Blick von den Spitzen der Leuchttürme. Von deren Höhen erscheinen die Menschen wie die Ameisen im Lande, und die Milbradts sehen nur, was die Leuchttürme beleuchten. Die Probleme der Menschen erscheinen ihnen von den Höhen der Leuchttürme klein, die Leuchttürme sind das Einzige, was sie interessiert. Genauso sieht dann auch ihre Politik aus.*

*„Wohlstand für alle“ – das war einmal. „Reichtum für einige – Armut für viele.“ Das ist die neue Parole der CDU.*

## Krise in der sächsischen SPD kulminierte

# Krehl-Kurs gescheitert

Anbiederung an die regierende CDU, treue Gefolgschaft gegenüber der unheilvollen SPD-Bundespolitik und hartnäckige Ablehnung eines Zusammenwirkens mit der sächsischen PDS, dazu noch ein von Eigenmächtigkeiten geprägter Führungsstil – darin lassen sich die Gründe für den unrühmlichen Abgang Constanze Krehls von der politischen Bühne Sachsens zusammenfassen.

Es war nicht nur eine persönliche Niederlage der Landesvorsitzenden. Die jüngsten Ereignisse markieren das vorläufige Ende einer jahrelangen, zunehmend offenen und von unterschiedlichen politischen Akzentuierungen bestimmten Fehde zwischen den Anhängern der Vorsitzenden, die ebensolche Einbußen hinnehmen mussten wie sie selbst, und den von Fraktionschef Thomas Jurk repräsentierten Kräften. So unterlag schon in einer Vorentscheidung um den noch aussichtsreichen

Listenplatz 8 der von Krehl favorisierte Dresdner Unterbezirksvorsitzende Albrecht Leonhardt – inzwischen ebenfalls zurückgetreten – dem ständigen die CDU-Regierung attackierenden Karl Nolle, obwohl der vom Leipziger Bundestagsabgeordneten Gunter Weisgerber scharf kritisiert wurde. Juso-Vorsitzender Martin Dulig rückte entgegen dem Vorschlag des Landesvorstandes auf Listenplatz 3 vor und Krehl-Kritiker Cornelius Weiss, vom Vorstand weit hinten platziert, erreichte Platz 5.

Mindestens seit einem Jahr haben die zunächst verdeckten und scheinbar beigelegten, aber immer wieder aufgebrochenen Auseinandersetzungen an Brisanz zugenommen. Dabei ging es durchaus nicht nur um einen Kompetenzstreit und um unterschiedliche Auffassungen in Personalfragen. Während die Beziehungen zwischen den Landesvorständen von PDS und

SPD ausgesprochen frostig waren, gab es zwischen den beiden Fraktionen mehrfach eine ergiebige partielle Zusammenarbeit – so in Form von gemeinsamen Anträgen im Landtag, einem Miteinander bei Volksinitiativen und auch in Form gemeinsamer Verfassungsbeschwerden mit bemerkenswerten Erfolgen. Nicht zufällig vollzog sich der personelle Wechsel jetzt vor dem Hintergrund der jüngsten Wahldesaster der SPD, die sich bei den Landtagswahlen im September fortzusetzen drohten. Er ist ein Signal des sich ausbreitenden Unbehagens an der SPD-Basis, das zweifellos auch auf Bundesebene wahrgenommen wird. Die Befürchtungen waren zu groß, der historische Einbruch bei den Wahlen 1999 könnte sich wiederholen. Dabei bleibt abzuwarten, inwieweit sich diese Orientierung in der sächsischen SPD stabilisiert und sie Einfluss auf die Bundespolitik haben wird. • G. L.

## Ärztmangel hausgemacht

LN. In Sachsen fehlen 50 Haus- und 300 Klinikärzte, und in den nächsten Jahren werden 800 der 2800 Hausärzte in den Ruhestand gehen. Unter Hinweis darauf forderte der Landtagsabgeordnete Dr. Dietmar Pellmann (PDS) von Sozialministerin Orosz Maßnahmen, die geeignet sind, die Abwanderung ärztlichen Nachwuchses zu stoppen: Angleichung der Ärztehonorare an das westdeutsche Niveau, staatliche Beteiligung bei Anschubfinanzierungen für die Übernahme von Praxen durch junge Ärzte, besondere Förderung der Niederlassung in ländlichen Regionen und finanzielle Unterstützung von Polikliniken.

## Jugendweihe diskriminiert

LN. Während sich Schüler, die den Religionsunterricht besuchen, bis zu zwei Tagen im Schuljahr für Rüstzeiten und Besinnungstage sowie bis zu drei Tagen für die Teilnahme am Evangelischen Kirchentag bzw. Katholikentag beurlauben lassen und auch am Tag der Konfirmation bzw. Firmung oder am Tag danach frei nehmen können, gilt dies nicht für Schüler, die zur Jugendweihe gehen. MdL André Hahn (PDS) verlangte für die 69 Prozent Jugendweiheteilnehmer eine Gleichbehandlung, die ihnen die von Kultusminister Mannsfeld erlassene Schulbesuchsordnung verweigert.

## Forderungen der Kommunen

LN. Der Sächsische Städte- und Gemeindetag hat auf seiner Mitgliederversammlung in Torgau, auf der 280 Kommunen vertreten waren, vom Land eine ausreichende Finanzausstattung verlangt. Von dem im September neu zu wählenden Landtag erwarten sie, dass er für die vom Bund zugesagte Entlastung der Gemeinden im Zusammenhang mit dem neuen Arbeitslosengeld II Sorge trägt. Die Mittel, die das Land bei Wohnungsgeld und Eingliederungshilfen spare, müssten in voller Höhe den Städten und Gemeinden zugute kommen. Zugleich fordern sie, praxisferne Rechtsvorschriften zu ändern.

## Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Juni

### Mehr gefährdete Arbeitsplätze

Am Ende des ersten Halbjahres 2004 und ein halbes Jahr vor der Einführung des Arbeitslosengeldes II, das an die Stelle der Arbeitslosenhilfe tritt, gibt es im Bereich der Arbeitsagentur Leipzig 72.977 Arbeitslose, 566 weniger als im Mai, aber gut 100 mehr als vor einem Jahr. Darunter sind 33.788 Langzeitarbeitslose, ihr Anteil ist binnen der letzten zwei Jahre von 37,6 auf 46,3 Prozent gestiegen. Bemerkenswert ist das Anwachsen der Anzahl der bei der Arbeitsagentur registrierten Arbeitssuchenden, die nicht arbeitslos sind. Sie liegt um mehr als 2000 höher als im Vormonat und rund nahezu 6000 höher als vor Jahresfrist. Das scheint darauf hinzudeuten, dass immer mehr Beschäftigte eine Gefährdung ihres bisherigen Arbeitsplatzes sehen und drohenden Kündigungen vorbeugen möchten.

Der Umfang der arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen bewegt sich weiter auf niedrigem Niveau. Bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen liegt der Grund nicht in fehlenden Finanzmitteln, sondern in der nicht ausreichenden Bereitschaft der Unternehmen, die erhöhten Eigenanteile an der Finanzierung zu tragen.

Im sächsischen Durchschnitt ging die Arbeitslosigkeit, der ohnehin unter dem Leipziger Niveau liegt, um 0,4 Prozentpunkte (Leipzig 0,2) zurück. Auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist die Lage unverändert kritisch. In der Leipziger Region suchten Ende Juni von 8357 Bewerbern für einen betrieblichen Ausbildungsplatz noch 4411 eine Stelle. • G. L.

## 22. Juni

**Görlitz.** Die Landesregierung stimmt der Bewerbung der Stadt als „Kulturhauptstadt Europas 2010“ zu und will sie unter Vorbehalt – Görlitz ist stark verschuldet – mit 20 Millionen Euro unterstützen.

**Dresden.** Mit dem Aufsetzen der Turmhaube und des Kuppelkreuzes wird der Wiederaufbau der Frauenkirche in ihrer äußeren Gestalt abgeschlossen.

## 23. Juni

**Dresden.** Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen 27 Kassen-Zahnärzte wegen Betrugsverdacht. Die Firma Globudent soll sie bewegen haben, billigen Zahnersatz aus Asien einzusetzen, aber die hohen deutschen Preise zu berechnen.

## 24. Juni

**Dresden.** Der Landtag beschließt ein neues Wassergesetz als Schlussfolgerung aus der Flut von 2002. Es orientiert auf das Ausweisen von Hochwasser-Entstehungsgebieten, eine geringere Flächenversiegelung und mehr Waldaufforstung.

## 25. Juni

**Bautzen/Kamenz.** Das Oberlandesge-

richt Bautzen bestätigt, dass der Landkreis Kamenz aus dem Kommunalen Arbeitsgeberverband austreten darf. Das Landratsamt will nicht die Gehälter der Beschäftigten auf Westniveau erhöhen.

## 27. Juni

**Döbeln.** Die sächsische SPD-Vorsitzende Krehl erleidet bei der Aufstellung der Landesliste zu den Landtagswahlen mit einem Stimmenanteil von nur 54,2 Prozent eine Niederlage. Tags darauf erklärt sie ihren Rücktritt als Vorsitzende und Landtagskandidatin. Spitzenkandidat wird Fraktionschef Jurk. (S.o.)

## 29. Juni

**Dresden.** Der SPD-Landesvorstand wählt Thomas Jurk, Fraktionsvorsitzender im Landtag, zum amtierenden Landesvorsitzenden. Er soll die Partei zu-

nächst bis zum Landesparteitag führen, der nach der Landtagswahl stattfinden soll.

## 30. Juni

**Zwickau.** Die DGB-Regionalvorsitzende von Vogtland-Zwickau, Sabine Zimmermann, verzichtet auf ihre Direktkandidatur zur Landtagswahl und ihren Platz auf der Landesliste der SPD.

**Dresden.** Wirtschaftsministerium, Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern, Bundesagentur für Arbeit und Wirtschaftsverbände vereinbaren, dieses Jahr in Sachsen mindestens 30.000 Lehrstellen bereitzustellen, so viele wie 2003. Zur Zeit sind 14.800 Stellen registriert.

**Torgau.** Der Zusammenschluss der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und der Sparkasse Torgau-Oschatz ist vollzo-

# SACHSEN-CHRONIK

22. Juni bis 5. Juli

gen. Das Institut ist nun mit einer Bilanzsumme von acht Milliarden Euro die achtgrößte Sparkasse Deutschlands. Sie verfügt über 88 Filialen und betreut 560.000 Privat- und 32.000 Firmenkonten.

**Berlin.** Der Bundestag beschließt den veränderten Verkehrswegeplan, der auch den Ausbau der Bahnstrecken Berlin-Dresden und Berlin-Görlitz als vorrangige Projekte enthält.

**Dresden.** Laut einer Statistik des Innenministeriums ging von 1998 bis 2002 die Anzahl der freiwilligen Feuerwehren in Sachsen vor allem aus Kostengründen von über 2600 auf etwa 2400 zurück.

## 1. Juli

**Dresden.** Beim Abstieg einer sächsischen Himalaya-Expedition vom Nanga Parbat verunglückt ein Alpinist aus Thüringen tödlich.

## 2. Juli

**Suzhou (China).** Die UNESCO nimmt das Dresdner Elbtal und den Fürst-Pückler-Park in Bad Muskau in die Liste der besonders schützenswerter Objekte des Weltkulturerbes auf.

# Fußball in der Sportstadt Leipzig

## Toreschießen auf dem Markt

Seit dem 15. Juni kann man auf dem Leipziger Markt den FUSSBALL GLOBUS FIFA WM 2006 besichtigen, eine 60 Tonnen schwere Stahlkonstruktion mit einem multimedialen Innenleben. Zu sehen ist unter anderem ein virtuelles Tor, auf das die Besucher schießen können, an einem anderen Punkt kann man sein Sachwissen als Schiedsrichter überprüfen. Auf kleinem Raum wurde der Versuch unternommen, Fußballspielen in seiner ganzen Vielfältigkeit zu zeigen. Wie variabel die Stahlkonstruktion in ihrer Fußball-Form genutzt werden kann, zeigt das Kulturfestival, das sich abends im Innern abspielt. Veranstaltungen noch und noch, die sich

mit dem Leipziger, dem deutschen (Ost wie West) und Fußball allgemein beschäftigen. Es gibt Buchlesungen, Diskussionsforen, Theatervorstellungen und Konzerte im kleinen Rahmen. Die Palette ist bunt und man geht nach den Veranstaltungen aufgewühlt und erholt nach Hause.

Nachdem am 14. Juli Jürgen Croy und Jürgen Sparwasser über ihre Sicht auf die Leistungen der DDR-Fußballnationalmannschaft und ihre eigenen Karrieren berichten, können am 19. Juli Besucher über die aktuelle Situation des Leipziger Fußballs und die Zukunft des neu erbauten Zentralstadions diskutieren.

• RALF FIEBELKORN



FUSSBALL GLOBUS FIFA WM 2006

Foto: Sabina Sarnitz/Artevent GmbH Wien

## Coach für Nationalmannschaft gesucht

Die Fußball-Europameisterschaft ist zu Ende – für manche ENDLICH!

Für den deutschen Fußball steht zwei Jahre vor der Weltmeisterschaft im eigenen Lande nichts mehr auf dem gewohnten Sieges- oder Denkmalssockel. Der deutsche Fußball ging wie vor vier Jahren unter. Die Mannschaft spielte achtbar gegen den Dauer-Angstrivalen Niederlande unentschieden. Dann kam die übliche Untugend – Unterschätzung der sogenannten kleinen Mannschaften. Konsequenz: ausgeschieden in der Vorrunde.

Inzwischen warf Rudi Völler das Handtuch. Sofort wuchern Spekulationen um seine Nachfolge. Ottmar Hitzfeld, Jupp Heynckes, Christoph Daum, Otto Rehagel ...

Wird mit diesen sogenannten Kandidaten gesprochen, sagen sie nein. Sie wollen ihre laufenden Verträge einhalten oder sich von vorhergehender anstrengender Arbeit erholen. Für viele verständlich. Für mich aber bleibt unverständlich, warum erfolgreiche Trainer mit Vertrag unbedingt abgeworben werden müssen, um dem deutschen Fußball auf die Beine zu helfen. Erinnerung sei an die Diskussion um Otto Rehagel, den Trainer des neuen Fußball-Europameisters. Warum versuchen die Medien so hartnäckig, ihn als künftigen Nationaltrainer zu etablieren? Sehen sie etwa genau wie die DFB-Funktionäre die Gefahr der deutschen Trainer bei der WM 2006 mit den Mannschaften von Griechenland und Kamerun – sind das die potentiellen Weltmeisterkandidaten? • HE



Foto: Fiebelkorn

## Fußballkost im neuen Zentralstadion – und wie es weitergehen muss

Im Juli kann sich Leipzig von Hochklassigem Fußball begeistern lassen. Endlich wird das neue Zentralstadion mit einem internationalen Fußballturnier offiziell eröffnet.

Am 16. und 17. Juli spielt der hoffentlich sehr gut vorbereitete FC Sachsen gegen den deutschen Meister Werder Bremen und danach gegen den FC Brügge oder Roter Stern Belgrad. Sicherlich für die Leipziger Fußballfans in Vorbereitung auf das erste Länderspiel im neuen Zentralstadion ein Leckerbissen.

Vielleicht gibt es ja beim 1. „Internationalen Fußballturnier im Zentralstadion“ auch den ersten Sieg des FC Sachsen Leipzig im neuen Stadion. Das wäre garantiert ein Motivationsschub für die im August beginnende Saison 2004/5 in der Oberliga-Süd. Für den Leipziger Fußball-Nachwuchs wird dieses Turnier gewiss wichtigen Anschauungsunterricht bieten. Besonders

nach den verpassten Olympischen Spielen 2012 sollten die Leipziger den Kopf nicht den Sand stecken und jetzt erst recht zeigen: „Leipzig ist und bleibt Sportstadt.“ Das formulierten in den letzten Jahren besonders die Bürgermeister unserer Stadt. Sie sprachen von den Traditionen und der Zukunft des Sports in Leipzig. Nehmen wir sie jetzt beim Wort. Fordern wir sie und die gerade gewählten Stadträte auf: Schluss mit der Schließung oder Privatisierung bestehender Sportanlagen! Sorgt für die Sanierung maroder Sportstätten und eine kontinuierliche Förderung des Kinder- und Jugendsports sowie des Breitensports in der Sportstadt Leipzig. PS. Sanierete und Zuschauerfreundliche Sportanlagen locken sicher auch weiterhin internationale Sportverbände an, die in Leipzig Welt- und Europameisterschaften austragen wollen und können. • HE

## „Trainer zwischen den Welten“

... heißt ein Buch des Sportreporters Heiko Mallwitz, das den Werdegang des mit Leipzig in mehrfacher Hinsicht verbundenen Trainers Bernd Stange zeigt.

Stange absolvierte ein Sportstudium an der DHfK in Leipzig und wurde nach dessen erfolgreichen Abschluss Fußballtrainer in der DDR. Bis vor wenigen Tagen war er irakischer Nationaltrainer (Sicherheitsgründe zwangen zur Vertragsaufhebung).

In seiner Funktion als DDR-Nationaltrainer war er sechsmal im alten Leipziger Zentralstadion im Einsatz. Die Gegner waren unter anderem Frankreich, Niederlande und Dänemark – die Ergebnisse sind im Buch zu finden.

Im Mittelpunkt steht Stanges Arbeit als irakischer Nationaltrainer. Der Autor schildert ausführlich die Situation Stanges und seiner Fußballspieler vor und nach dem Irak-Krieg. Er zeigt den Menschen Stange, der



nach der Maxime lebt und arbeitet, dass Talent nichts wert ist ohne harte Arbeit.

• RALF FIEBELKORN

Heiko Mallwitz: *Trainer zwischen den Welten Bernd Stange*. Anderbeck Verlag, Anderbeck 2004. 392 Seiten, 22,00 Euro

## Fußball-Weltmeisterschaften in Wort und Bild

„Doppelpass“ ist ein Buch über den historischen 22. 6. 1974 und das deutsch-deutsche Duell im Rahmen der X. Fußballweltmeisterschaften in der BRD. Der Herausgeber lässt je 11 Personen aus Ost und West berichten, wie sie diesen Tag erlebten. Es sind 22 Geschichten vom „König Fußball“ – über „Hochmut und Fall westdeutschen Größenwahns und den Sieg ostdeutschen Teamgeistes“ und warum Fußball „unser Leben“ ist. Oder auch nicht. Übrigens ein Leipziger Autor ist auch darunter: Erich Loest.

Jan Brandt (Hg.): *Doppelpass. Kookbooks, Idstein 2004. 276 Seiten, 17,50 Euro*



„Fußballweltmeisterschaft 1974 Deutschland“ ist der 10. Band in der AGON-Reihe WM-Geschichte. Auch in diesem Buch spiegelt sich die Bedeutung des Spieles der BRD gegen die DDR für den späteren Fußballweltmeister BRD wider. Das Buch ist mit zahlreichen Fotos und Statistiken von der Weltmeisterschaft versehen. Über jedes Spiel wird interessant und ausführlich berichtet.

Folke Havekost, Volker Stahl: *Fußballweltmeisterschaft 1974 Deutschland*. AGON Sportverlag, Kassel 2004. 160 Seiten, 24,00 Euro

Mit den Städten, Stadien und Menschen der 18. Fußball-Weltmeisterschaft 2006 befasst sich das Buch „WM-Highlights“.

Es ist das erste Buch zur Fußball-WM 2006. Jeder Austragungsort wird unter historischen, wirtschaftlichen, touristischen und sportlichen Aspekten vorgestellt. Ergänzt wird das Buch mit Informationen zur deutschen Fußballgeschichte, zur internationalen Fußballentwicklung und zu den bisherigen Fußball-Weltmeisterschaften.

Frank Neubauer: *WM-Highlights*. IMMC, Berlin 2004. 276 Seiten, 24,95 Euro

Die für die PDS außerordentlich erfolgreichen Kommunal- und Europawahlen sowie die Landtagswahlen in Thüringen am 13. Juni liegen nunmehr drei Wochen zurück. Damit ist der Zeitpunkt herangereift, die Ergebnisse zusammenzufassen und auf der Basis des bisher vorliegenden Zahlenmaterials erste Wertungen zu treffen, die aus der Sicht der einzelnen Gliederungen und Zusammenschlüsse unseres Stadtverbandes dann weiter vertieft werden müssen. Da aber mit den Landtagswahlen am 19. September die nächsten Wahlen unmittelbar bevorstehen und die Vorbereitungen für diesen Wahlkampf schon begonnen haben, scheint diese vorläufige Analyse dringend notwendig. Bei aller berechtigter Freude dürfen wir das Wahlergebnis nicht überschätzen. Die PDS hat den Abwärtstrend gestoppt, sich bundespolitisch zurückgemeldet und einen wichtigen Schritt in Richtung Wiedereinzug in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag 2006 geleistet – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Ein Wermutstropfen darf nicht übersehen werden: Die Wahlbeteiligung gegenüber 1999 fiel weiter und auch die Leipziger PDS verlor trotz prozentualer Stimmengewinne an absoluten Stimmen leicht. Es bestehen damit erhebliche Reserven, uns noch mehr potenziellen Wählerinnen und Wählern gegenüber als linke alternative Gestaltungspartei glaubwürdig zu präsentieren.

## 1. Europawahl

Die Wahlbeteiligung lag durchschnittlich bei 45,3 Prozent. In den 15 alten Mitgliedsstaaten der EU lag die Beteiligung mit rund 49 Prozent leicht unter dem Wert von 1999 (49,8 Prozent). In den 10 neuen Beitrittsländern gaben im Durchschnitt sogar nur 26,4 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Die wachsende Unzufriedenheit kam der europäischen Linken aber nur partiell zugute, denn die Konservativen erhielten die meisten Mandate. Die Fraktion der Linken und Nordeuropäischen Linken Grünen wurde von 42 auf 39 Sitze reduziert. Die PDS holte bei den Europawahlen bundesweit bekanntlich 6,1 Prozent und 7 Mandate. Insgesamt gewannen wir 12 000 Stimmen absolut dazu, vor allem durch die Wahlerfolge in den westlichen Bundesländern sowie in Brandenburg und Thüringen. Laut *infra-test dimap* gewann die PDS Wählerinnen und Wähler von allen „etablierten“ Parteien: 220 000 von der SPD, 150 000 von den Grünen, 100 000 von der Union und 70 000 von der FDP. Gleichzeitig seien aber 800 000 Bürgerinnen und Bürger, die im Herbst 2002 bei der Bundestagswahl der PDS ihre Stimme gaben, ins Lager der Nichtwähler abgewandert. Wenn es der PDS gelänge, sie zurückzuholen und die neu gewonnenen Wählerinnen und Wähler auf Dauer an sich zu binden, hätte sie gute Chancen, auch bei der Bundestagswahl 2006 wieder die 5-Prozent-Hürde zu nehmen.

### Sachsen

In Sachsen kam die CDU auf 36,5 Prozent, die PDS als Zweitstärkste auf 23,5 Prozent, die SPD auf 11,9 Prozent und Bündnis 90/Die Grünen auf 6,1 Prozent. Erschreckend hoch fielen die Stimmengewinne der Rechtsextremisten aus (Republikaner 3,4 Prozent und NPD 3,3 Prozent); in einzelnen Gebieten erzielten die Neonazis über 10 Prozent und sind nunmehr fast flächendeckend in Kommunalparlamenten vertreten. Zu

den vielfältigen Ursachen für diesen Wahlerfolg zählt zweifellos, dass Demokratieverbände und weitere antifaschistische Kräfte oftmals vergebens aus den Rathäusern und Ministerien auf staatliche Hilfe warten, während die Rechtsextremisten geschickt ihre Bastionen ausbauen.

Die PDS hat mit 367 105 Stimmen ihren zweiten Platz in der sächsischen Parteienlandschaft deutlich gefestigt. Der Verlust an absoluten Stimmen von knapp 24 000 muss in Relation zur Wahlbeteiligung im Jahre 1999 gewertet werden. Der Vergleich der kreisfreien Städte und Landkreise macht deutlich, dass mit Ausnahme von Dresden in allen Regionen des Freistaates – trotz leichter Verluste bei den absoluten Stimmen – prozentual zum Teil deutlich zugelegt werden konnte. Die Untersuchungen des Instituts für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung in Kaufbeuren zur Wählerwanderung in Sachsen zeigen: SPD und CDU waren die Verlierer dieser Wahl und gaben in beträchtlichem Maße an die Nichtwähler ab. Erhielten die Sozialdemokraten im Juni 1999 landesweit 19,6 Prozent, so waren es diesmal lediglich noch 11,9 Prozent. Die Union rutschte von 45,9 Prozent auf 36,5 Prozent. Neben der PDS zählten noch die Grünen (von 2,7 Prozent auf 6,1 Prozent) und die FDP (von 2,3 Prozent auf 5,2 Prozent) zu den Gewinnern. Die PDS profitierte vor allem von den enttäuschten SPD-Wählern, gab aber an Liberale und vor allem an die Grünen ab. Hier ist das Phänomen zu konstatieren, dass die Grünen – obwohl sie in Berlin mitregieren – nicht abgestraft werden, sondern für viele Menschen sogar als Alternative zu den Volksparteien (eingeschlossen PDS) gelten.

### Leipzig

Die CDU, die 1999 mit 34,1 Prozent noch stärkste Partei war, sank diesmal auf 25,9 Prozent und damit mehr als 10 Prozent unter den Sachsenwert; die SPD sank von 26,8 Prozent auf 19,3 Prozent, war somit der zweite klare Wahlverlierer, konnte sich aber deutlich – nicht zuletzt auch wegen des Tiefensee-Effekts – über dem Landesdurchschnitt platzieren. Die PDS belegte 1999 mit 25,7 Prozent den dritten Rang, während wir diesmal mit 27,1 Prozent auf Platz eins einkamen und damit klar über dem Landeswert lagen. Zum Vergleich: Die PDS in Dresden verlor knapp 8000 Stimmen bei den Europawahlen und sank von 25,3 Prozent auf 24,1 Prozent. Die Grünen steigerten sich in Leipzig von 5,0 Prozent auf 12,1 Prozent und übertrafen damit leicht ihr Niveau von 1994. Die absolute Zahl der PDS sank von 46 169 im Jahre 1994 auf 40 547 im Jahre 1999; nunmehr stabilisierten wir uns absolut mit 40 456 Stimmen bei marginalen Verlusten. Wie bei allen vorangegangenen Wahlen differiert das Wahlergebnis in den einzelnen Ortsteilen zum Teil erheblich. So schwankt beispielsweise schon die Wahlbeteiligung von 26,6 Prozent in Volksmarsdorf bis zu 52,4 Prozent in Marienbrunn. Ähnlich stark unterscheiden sich die Ergebnisse der Parteien. Für die PDS liegt die Spannweite zwischen 18,7 Prozent in Zentrum-Süd und 38,1 Prozent in Grünau-Nord. Die Wahlbeteiligung sank in Leipzig von 58 Prozent im Jahre 1994 und 41,8 Prozent im Jahr 1999 nunmehr auf 39,1 Prozent, das war wiederum die niedrigste in den sächsischen Großstädten. Zu den Axiomen der Wahlforschung gehört mit Blick auf die PDS, dass unserer Partei eine niedrigere Wahlbeteiligung nutzt, da die PDS ihr

Wählerpotenzial besser mobilisieren kann. Interessant ist in diesem Kontext die Korrelation zwischen Wahlbeteiligung und Wahlergebnis im Vergleich der Ortsteile. Nur in 17 der insgesamt 63 berechneten Ortsteile korreliert eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung mit einem überdurchschnittlichen Wahlergebnis für die PDS. Besonders auffällig ist die Tatsache, dass in den sozial schwächsten Stadtteilen mit der geringsten Wahlbeteiligung (Altlindenau, Lindenau, Volksmarsdorf, Neustadt-Schönefeld, Anger-Crottendorf, Plagwitz) die PDS unterdurchschnittliche

*Der nachstehende Beitrag ist ein Auszug aus der von Dr. Volker Külow und Dr. Dietmar Pellmann verfassten Wahlauswertung, die als „Durchblick“-Ausgabe 1/2004 dieser Tage erschienen ist und für eine Schutzgebühr in Höhe von 1 Euro in der PDS-Geschäftsstelle Leipzig erhältlich ist.*

# Etappenziel erreicht!

Resultate erreichte. An dieser Stelle sei daher die These gestattet, dass die sozial am stärksten marginalisierten auch von der PDS nicht (mehr) erreicht werden und die Gefahr künftiger Wahlerfolge rechtsextremistischer Kräfte in diesen Gebieten besonders hoch erscheint. Diese Feststellung darf mit Blick auf die Wahlergebnisse in sozial ähnlich strukturierten Gebieten mit ähnlich geringer Wahlbeteiligung, aber überdurchschnittlichem PDS-Abschneiden wie z. B. Kleinzschocher, Grünau-Nord, Paunsdorf und Neulindenau allerdings nicht verabsolutiert werden; möglicherweise liegt gerade auch hier das Geheimnis erfolgreicher Wahlkampfführung.

### Prognose für die Landtagswahl

Die PDS Sachsen geht nach dem 13. Juni 2004 mit viel Rückenwind in die bevorstehenden Landtagswahlen, wo es um nicht weniger geht, als die 14jährige absolute Herrschaft einer Partei zu beenden, die längst mehr mit ihrem wuchernden Filz als mit blühenden Landschaften befasst ist. Wir nehmen daher die Herausforderung der sächsischen CDU an, die offenkundig versuchen wird, ihre absolute Mehrheit mit einem Angstwahlkampf gegen Rot/Rot zu verteidigen. Die Brechung dieser absoluten Mehrheit ist das erklärte Wahlziel der sächsischen PDS. Das Motto „Rot oder Schwarz“ ist für den politischen Gegner aber nur dann eine echte Herausforderung, wenn wir diesmal ernst machen mit dem Gewinn von Direktmandaten. Noch nie war die Ausgangsposition so günstig wie im Sommer 2004. Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, dass offenkundig

auch der Leipziger CDU und ihrem langjährigen schwarzen Frontmann Volker Schimpff für den 19. September 2004 Schlimmes schwant. Der überraschende Rückzug von seiner Direktkandidatur ist nur als Eingeständnis zu werten, dass er nach dem klaren Sieg der PDS im Kommunalwahlkreis 7 mit ihrem Spitzenkandidaten Dr. Dietmar Pellmann nicht mehr an einen Erfolg im Kampf um das Direktmandat in Grünau glaubt. Die Leipziger PDS wird daher Genossen Pellmann bei der Erringung des Direktmandates im Wahlkreis 27 mit aller Kraft unterstützen. Darüber hinaus ist es aber auch in anderen Wahlkreisen nicht chancenlos, um ein Direktmandat zu kämpfen, wenngleich die traditionell um etwa 10–12 Prozent höhere Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen nicht aus dem Auge verloren werden darf.

## 2. Stadtratswahlen

Auch die Kommunalwahlen waren für die Leipziger PDS insgesamt erfolgreich. Ihre Ergebnisse sind indes nicht ohne weiteres mit denen der Stadtratswahlen von 1990, 1994 und 1999 vergleichbar, denn die verheerende Wahlniederlage der PDS bei den Bundestagswahlen im September 2002 hinterließ erhebliche Spuren und konnte auch in Leipzig nicht einfach übergangen werden. So herrschte relativ große Unsicherheit darüber, wie die PDS nun abschneiden würde, zumal die teilweise sehr tendenziösen Umfragen für Leipzig stets unter der 20-Prozent-Marke lagen. Die Steigerung des prozentualen Ergebnisses von 1999 kam selbst für große Optimisten überra-

### Ergebnis der Stadtratswahl in Leipzig 2004 im Vergleich zu 1994 und 1999

Partei	1994		1999		2004	
	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %
CDU	141.610	23,4	144.080	32,0	110.920	25,5
SPD	181.431	29,9	117.636	26,2	116.687	26,9
PDS	138.996	22,9	115.639	25,7	113.224	26,1
Grüne	83.574	13,8	33.517	7,5	43.606	10,0
FDP	20.848	3,4	11.460	2,6	19.559	4,5
DSU	21.702	3,6	6.313	1,4	7.927	1,8
Forum	17.607	2,9	7.436	1,7	6.907	1,6
WVVS	-	-	11.570	2,5	11.336	2,6





Wahlplakat der Leipziger PDS



Fotos: Märker Margitta Hollick, wiedergewählte PDS-Stadträtin, und Landtagskandidatin Cornelia Falken am Wahlabend

schend. Vergleicht man das Abschneiden der Leipziger PDS mit dem anderer Stadt- und Kreisverbände, so bestätigt sich der schon bei vorangegangenen Wahlen ablesbare Trend. Mit 26,1 Prozent liegt Leipzig gemeinsam mit Zwickau auf dem 4. Platz hinter Hoyerswerda (30,3 Prozent, Plauen 28,4 Prozent und Chemnitz 26,9 Prozent). Von den bisher im Stadtrat vertretenen Parteien hat die CDU am deutlichsten verloren, während PDS und SPD geringfügig dazugewonnen haben. Auch die Bündnisgrünen und die FDP konnten ihr Ergebnis steigern.

2004 war die vierte Stadtratswahl seit dem politischen Umbruch 1989/90, so dass sich mittlerweile längerfristig wirkende Trends ableiten lassen. Danach bleibt es in Leipzig bei drei großen Parteien, deren Stimmenzahl 2004 noch enger zusammengedrückt ist, was sich im neuen Stadtrat in der gleichen Anzahl der Sitze widerspiegelt. Nicht zuletzt aufgrund der weiter gesunkenen Wahlbeteiligung haben alle drei großen Parteien Stimmen verloren. Neu angetretene Wählervereinigungen, die in der Tabelle (S. 8) nicht ausgewiesen sind, konnten zusammen nur etwas mehr als 4000 Stimmen gewinnen, womit sie chancenlos waren. Die CDU hat sowohl absolut als auch relativ mit Abstand am meisten verloren und belegt erstmals bei Stadtratswahlen nur den dritten Platz. Zwar sind ihre Verluste mit 6,5 Prozent wesentlich geringer als die in Dresden, aber sie bewegen sich dennoch auf hohem Niveau. Offensichtlich haben die Wähler die Christdemokraten wegen ihres Schlingerkurses zwischen Mitregierung und Opposition im Stadtrat abgestraft. Die SPD ist nach 1994 wieder stärkste Partei im Rathaus geworden, wengleich sich dies nicht in der Anzahl der Sitze zeigt. Offensichtlich – das ist ein Fingerzeig für die Oberbürgermeisterwahl 2005 – hat erneut der Tiefensee-Effekt gewirkt, ansonsten wäre der beträchtliche Abstand zum Ergebnis der Europawahl von fast 8 Prozent wohl kaum erklärbar, denn generell haben die Sozialdemokraten in den anderen sächsischen Kommunen z. T. beträchtlich verloren. Die PDS kann

sich durchaus zu den Siegern dieser Stadtratswahl zählen, zumal sie erstmals bei Kommunalwahlen ein besseres Ergebnis als die CDU erreicht hat. Die Bündnisgrünen haben zwei Sitze hinzugewonnen und ihre städtischen Hochburgen weiter ausbauen können. Allerdings darf ihr Resultat auch nicht überschätzt werden, denn sie haben den 1999 erlebten Einbruch bei weitem nicht kompensieren können und dürften ihr Potential wohl weitgehend ausgereizt haben.

#### Die neue PDS-Fraktion

Die PDS ist mit 53 Kandidaten angetreten. Das waren vier mehr als 1999. 14 waren Frauen, eine Zahl, die nicht befriedigen kann. Daher wird es notwendig sein, eine Art „Frauenförderprogramm“ in der Leipziger PDS zu erarbeiten, so dass bei den nächsten Wahlen wesentlich mehr Frauen antreten. Das Durchschnittsalter der PDS-Kandidaten lag bei 46 Jahren, das bei der SPD bei 47 Jahren und der CDU bei etwas mehr als 43 Jahren. Daraus ist die Schlussfolgerung zu ziehen, vor allem junge Menschen längerfristig auf eine Stadtratskandidatur vorzubereiten. Offenbar spielte der Bekanntheitsgrad einiger unserer Kandidaten im jeweiligen Wahlkreis und stadtweit eine wesentliche Rolle bei der Stimmvergabe. Dieser Trend hat sich offenbar bei den Wahlen vom 13. Juni noch verstärkt. Nahmen unsere Kandidaten 1999 beim Stimmenranking noch die Plätze 1, 4, 6 und 8 ein, belegen sie nunmehr die ersten sieben Plätze:

1. Dr. Dietmar Pellmann (PDS) 7777 Stimmen
2. Dr. Lothar Tippach (PDS) 7621 Stimmen
3. Dr. Bernhard Brand (PDS) 6221 Stimmen
4. Reiner Engelmann (PDS) 6148 Stimmen
5. Dr. Volker Külöw (PDS) 5952 Stimmen
6. Margitta Hollick (PDS) 5790 Stimmen
7. Siegfried Schlegel (PDS) 5466 Stimmen

8. Axel Dyck (SPD) 5211 Stimmen
9. Claus Müller (SPD) 5176 Stimmen
10. Dr. Joachim Fischer (SPD) 4980 Stimmen

Die neue PDS-Fraktion hat ein Durchschnittsalter von 49,4 Jahren und ist damit die „älteste“ im Stadtrat. Die CDU und die SPD kommen auf jeweils 47 Jahre, während die Bündnisgrünen rund 44 Jahre erreichen. In unserer Fraktion sind lediglich zwei Mitglieder jünger als 35 Jahre, während 4 das 60. Lebensjahr bereits z. T. deutlich überschritten haben. Damit steht für die Stadtratswahlen 2009 ein Generationswechsel an, der jedoch gründlich vorbereitet werden muss. Der neuen Fraktion gehören 7 Frauen an.

#### Ergebnisse in den Leipziger Ortsteilen

Im Rahmen dieser Analyse stellen die 63 Leipziger Ortsteile die unterste Ebene dar. Inzwischen liegen auch die Ergebnisse in den Stimmbezirken vor. Diese sollten von den territorialen Gliederungen der PDS unbedingt gründlich ausgewertet werden, weil aus ihnen deutlicher hervorgeht, wie die Situation unserer Partei vor Ort ist. Außerdem lassen sich daraus auch bestimmte Wertungen des eigenen Wahlkampfes ableiten.

Die besten prozentualen Ergebnisse für die PDS wurden in den folgenden Ortsteilen erreicht:

- |                   |      |
|-------------------|------|
| 1. Grünau-Mitte   | 38,2 |
| 2. Grünau-Nord    | 37,8 |
| 3. Grünau-Ost     | 37,4 |
| 4. Mockau-Nord    | 36,7 |
| 5. Gohlis-Nord    | 35,1 |
| 6. Lausen-Grünau  | 34,6 |
| 7. Schönefeld-Ost | 34,5 |
| 8. Schönaue       | 34,2 |
| 9. Neulindenu     | 34,0 |

Ohne dass man dies überbewerten sollte, hat es im Vergleich zu 1999 doch einige Verschiebungen gegeben. Nunmehr sind im Spitzenfeld alle Ortsteile des Wahlkreises 7 vertreten, während solche Ortsteile wie Zentrum-Südost, Zentrum-Süd oder Heiterblick nicht mehr im unmittelbaren Spitzenfeld zu finden sind. Auch der langjährige einsame PDS-

Spitzenreiter Gohlis-Nord wurde durch Grünau-Mitte abgelöst. Dass sich unter den Bestplatzierten mehrheitlich so genannte DDR-Plattenbaugebiete befinden, bedeutet jedoch nicht, dass die PDS ihre Hochburgen nur in solchen Stadtteilen hätte.

#### Wahlbeteiligung und Wählerwanderung

Die Wahlbeteiligung lag erneut niedriger als bei den Wahlen 1999 und betrug lediglich 38,6 Prozent, während es 1999 wenigstens noch 42,2 Prozent waren. Dass die Wahlbeteiligung in Leipzig die niedrigste in ganz Sachsen war, ist leider inzwischen eine unruhliche Tradition der Messestadt. Es muss daher auch im Interesse der PDS liegen, einen Beitrag zum Anstieg der Beteiligung bei künftigen Wahlen zu leisten. Es ist offenbar ein Trugschluss anzunehmen, die Verweigerung geschehe lediglich aus Desinteresse. Nicht wenige sehen darin eine Möglichkeit zum Protest gegen die herrschenden politischen Verhältnisse, selbst wenn sie mit ihrer Haltung nichts daran ändern. Alle großen Parteien haben in der Wanderungsstatistik an absoluten Stimmen gegenüber 1999 verloren. Bei der CDU waren es rund 12 800, bei der SPD etwas mehr als 1900, bei der PDS 2370. Dagegen gewannen die Bündnisgrünen 2838 und die FDP 2458 Stimmen hinzu. Das Lager der Nichtwähler ist um 13 930 gewachsen. Die PDS hat von der SPD 180 Stimmen und von der CDU 290 Stimmen gewonnen, aber an die Bündnisgrünen 870, an die FDP 700 und an die Nichtwähler 1060 Stimmen abgegeben, wobei es sich jeweils um Nettogewinne und -verluste handelt. Die SPD hat lediglich einige Stimmen von der CDU gewonnen, besonders hoch an die Nichtwähler abgegeben, aber im Saldo nichts an Grüne oder FDP verloren. Die CDU hat überhaupt nichts von anderen gewonnen, aber besonders stark an FDP, Bündnisgrüne und Nichtwähler verloren. Die Wählerwanderungen zeigen für die Leipziger PDS, dass sie offensichtlich Wähler von allen großen Parteien gewinnen, aber auch verlieren kann.

Lange Zeit galt selbst im Böhmisches der vor 150 Jahren am 3. Juli im mährischen Beskidendorf Hukvaldy (Hochwald) geborene, 1928 als rüstiger 74-Jähriger gestorbene Leos Janáček als ein querköpfiger Außenseiter. Nach dem Ersten Weltkrieg konnte er in Europa erste internationale Erfolge erleben, nach dem Zweiten wurde er auch in Übersee als seinen Zeitgenossen Giacomo Puccini, Claude Debussy, Gustav Mahler, Richard Strauss Ebenbürtiger entdeckt. Die Nutzung genauestens beob-

## Bei Janáček bleibt noch viel zu entdecken

achteter Sprachmelodien und -rhythmen der Menschen seiner mährischen Heimat gibt seiner Musik ein unverwechselbares Profil. Janáček's Eintreten für Unterdrückte, sozial Benachteiligte, seine Lobpreisungen der Natur, seine Kritik an Spießertum und Engstirnigkeit bestimmen die Themen seiner Werke.

Vier der insgesamt neun Opern Janáček's konnten die Leipziger Theaterbesucher seit 1950 in mehreren Inszenierungen erleben: *Jenufa*, *Katja Kabanova*, *Das schlaue Füchlein* und *Die Sache Makropulos*. Die *Ausflüge des Herrn Brouček* und *Aus einem Totenhaus* führte das Staatstheater Brno im Leipziger Opernhaus auf. Eine neue Janáček-Einstudierung ist überfällig. Neben den instrumentalen Hauptwerken, der Orchester-Rhapsodie *Taras Bulba* und der Sinfonietta waren in der zu Ende gegangenen Spielzeit auch die sinfonische Dichtung *Des Spielmanns Kind* und das rekonstruierte Violinkonzert zu hören. Doch vom reichen und gewichtigen Vokalschaffen ist hier nur die Glagolitische Messe bekannt. In der ergreifenden Kantate *Amarus* (Der Bittere) für Soli, Chor und Orchester durchleidet ein einsamer Mönch die Qualen eines lieblosen Lebens. Ein ideelles Gegenstück bildet der Liebeshymnus *Das ewige Evangelium*.

Mit Chören wie *Kantor Halfar* und *Marycka Magdónova* erschloss Janáček neue Klang- und Ausdrucksmöglichkeiten für Männerchöre. Ebenso sind ihm eindruckstarke Frauenchöre wie die *Lieder vom Hradschin* zu danken. Schließlich bilden auch die Bearbeitungen von Volksliedern aus dem mährischen Raum für Solostimmen mit Klavier und für Chor in Supraphon-Aufnahmen eine Fundgrube an taurischer Musik nicht nur für die Plattenfreunde.

• WERNER WOLF

# Farbenreiche Konzerte zum Spielzeit-Ausklang

Ein reizvolle Kombination: Der Russe Dmitri Kitajenko dirigierte im Gewandhaus spanische und spanisch akzentuierte Musik, der Franzose Charles Dutoit nach zwei Werken seines Heimatlandes wie Kitajenko eins von Nikolai Rimski-Korsakow. Dutoit entfesselte temperamentgeladen den Klangzauber der sinfonischen Suite *Scheherazade*. Kitajenko führte das Gewandhausorchester gelassen und doch energisch zu einer farbenreichen Wiedergabe des *Capriccio espagnol*. Vorzügliche Solisten: Lilya Zilberstein in *Nächte in spanische Gärten*, von Manuel de Falla, Frank Peter Zimmermann in Camille Saint-Saens Violinkonzert h-Moll. Charles Dutoit eröffnete sein Gewandhauskonzert mit Hector Berlioz' Overtüre *Der römische Karneval* als musikalisches Feuerwerk. Den Orchesterpart des Violinkonzertes h-Moll von Camille Saint-Saens formte er so feinsinnig aus wie der großartige Geiger Frank Peter Zimmermann den Solopart. Und aus der orientalischen Suite *Scheherazade* von Rimski-Korsakow

holte er alle klanglichen Raffinessen heraus.

Die mit ihren Abgründen und Höhenflügen, Aufschreien und Verstummen einzigartige neunte Sinfonie von Gustav Mahler fordert Dirigenten und Orchester zu äußerster Anspannung heraus. Der Engländer Sir Andrew Davis erreichte mit dem Gewandhausorchester zwar nicht in allem die nötige Differenzierung, doch eine ausdrucksgebaltete und kontrastreiche Wiedergabe.

Für das letzte Konzert der Spielzeit hatte Herbert Blomstedt das gleiche Programm wie vor 50 Jahren gewählt, als er in in Norrköping sein erstes öffentliches Konzert dirigierte. Inzwischen nutzt der Künstler die seit den 1960er Jahren erschlossenen Erkenntnisse von der historischen Aufführungspraxis für Bachs Suite h-Moll souverän für das Musizieren auf den heutigen Instrumenten. Makellos und beschwingt spielte die Gewandhaus-soloflötestin Katalin Kramarics den Solopart. Auch die Aufführung von Beethovens Klavierkonzert C-Dur mit dem

dezent spielenden amerikanischen Pianisten prägte die historische Spielweise. Die Interpretation der Sinfonie *Mathis der Maler* von Paul Hindemith zeichnete sich insgesamt durch klare Stimmführung, den eindringlichen Ernst des langsamen Satzes und die Bewegtheit des zu Klangpracht führenden Finales.

\*

Als Nachklang zum Halleschen Händelfest führte Howard Arman mit dem MDR-Chor und -Sinfonieorchester in exzellenter Weise Händels Oratorium *Judas Maccabäus* in der Mozart zugeschriebenen Fassung in deutscher Sprache auf. Das weckte bei vielen Konzertbesuchern den Wunsch, auch künftig wie einst die Oratorien Händels in deutscher Sprache aufzuführen. Zum Abschluss der Rundfunkkonzerte wartete Fabio Luisi mit Sofia Gubaidulinas Bratschenkonzert und Franz Schmidt dritter Sinfonie A-Dur auf. Die religiös geprägte, verinnerlichte und weithin verhaltene Musik Gubaidulinas wirkt geheimnisvoll und strahlt doch

enorme Kraft aus. Überlegen spielte Veronika Hagen den anspruchsvollen Solopart. Ob der Einsatz für den Österreicher Franz Schmidt lohnt, werden die geplanten CD-Aufnahmen der vier Sinfonien erweisen. Die von Luisi und dem Orchester mit großer Energie gespielte dritte Sinfonie zeugt auf alle Fälle von meisterlicher Gestaltung und beeindruckt mit vielen Klangschönheiten.

\*

Als auserlesenen Beitrag außerhalb des nun beginnenden MDR-Musiksommers führten der Leipziger Oratorienchor und das Neue Leipziger Barockensemble Claudio Monteverdis einzigartige, aus anspruchsvollen Motetten und virtuoson Konzerten bestehende Marienvesper in der Heilig-Kreuz-Kirche auf. Was Martin Krumbiegel dabei mit seinem ja aus Laien bestehenden Chor, den stilkundigen Solisten und Instrumentalisten schaffte, verdient alle Anerkennung.

• WERNER WOLF



„TRÄUME WELTEN HINTERGRÜNDE. Olaf Martens Fotografie 1984–2004“ ist die groß angelegte Retrospektive des international bekannten Fotografen Olaf Martens im Leipziger Museum für Kunsthandwerk/Grassimuseum überschrieben. Die Ausstellung zeigt – mit ca. 330 Arbeiten – zentrale Themen und Gestaltungsprinzipien des in Leipzig lebenden Fotografen. Zu sehen ist die Schau im Interim des Museums, Neumarkt 20, bis zum 26. September jeweils dienstags bis freitags 12 bis 20 Uhr, sonabends und sonntags von 10 bis 19 Uhr. Ein Katalogbuch ist im Verlag Faber & Faber erschienen und kostet im Museum 25 Euro.

Foto: Türkische Mode. Designerin und Models. Istanbul 1997

## Endlich wieder Sommertheaterzeit ...

wenn auch ohne Sommer – meteorologisch gesehen

Millionen Arbeitslose. Keine Jobs in den Job-Centern. Keine Perspektive. Dafür haben sechs Arbeitslose eine Idee. Die Sechsen gründen eine Ich-AG und schulen auf Männer-Strip um. Damit wollen sie zu Geld kommen, so wie die eingeölten, gestählten, braungebrannten Muskelprotze aus den USA.

Regisseur Thorsten Duit lässt ein sommerlich-gutgelauntes Ensemble auf die Bretter der Freilichtbühne im Clara-Zetkin-Park aufmarschieren. Doch Duit geht es in seiner Inszenierung von Stephen Sinclairs und Anthony McCartens *Ladies Night* nicht nur um sommerlichen Klamauk, nicht nur um nacktes Männerfleisch, das so manche weibliche Zuschauerin zu wahren Kreischattacken hinreißt. Wer eben noch herzerfrischend über die fabulösen Sechsen lachte, dem vergeht das Lachen kurze Zeit später, wenn etwa ein übler

Streich das Bewerbungsgespräch für einen seriösen Job zunichte macht.

In einer Region, wo Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit zum Alltag gehören, ist bei dieser Tragikomödie eine größere Betroffenheit zu spüren. Die Grundthese des Stückes, dass in der heutigen Gesellschaft viele Menschen sich prostituieren müssen, um zu überleben, gilt heute – 13 Jahre nach der Uraufführung – nicht nur für der Stückeschreiber Heimat, sondern gehört auch zur deutschen Wirklichkeit. Spätestens ab dem 1. Januar 2005, wenn jeder Arbeitslose jeden Job um jeden Preis annehmen muss. Nein, nicht unbedingt ausgezogen vor kreischenden Frauen, sondern angezogen vor den rosa-grün-schwarzen Lohndrückern.

\*

Das Theater Fact in der Hainstraße wartet traditions-

gemäß mit einer Komödie auf, extra aufgeheizt, extra sommerlich-frech. Diesmal ist Heinrich von Kleists *Der zerbrochene Krug* dran.

Das Verwirrspiel um den Dorfrichter Adam, der Marthens Tochter Eve hinterherstellt, und dem Gerichtsrat Walter, der eigentlich auf (Kassen-)Revision ist und nun den Gerichtsprozess um Marthens kaputten Krug argwöhnisch verfolgt, wird amourös wie auch derb-komisch aufgeladen: Dorfrichter Adam und Gerichtsrat Walter lassen keinen Rockzipfel unberührt, keine Flasche ungeleert und beginnen sich am Ende irgendwie zu verstehen. Saufend und korruptiert.

Es wird nicht so sehr der Werkreue gehuldigt (Regie Ev Schreiber), dafür aber dem Zuschauer ein vergnüglich-ironischer Blick auf zutiefst menschliche Urinstinkte geboten. Da-

niel Dubilier als hemdsärmlicher Dorfrichter Adam überzeugt. Genauso Stefan Senf, der sowohl den lüstertern, mit den Augen zuckenden Gerichtsrat Walter als auch den behäbig-einfältigen Ruprecht spielt, den Verlobten von Eve. Sabine Kaminski als Marthe: doppelbödig flirtend und zugleich die Männer im Griff habend. Saskia Leder als Eve: aufgedreht und aufrichtig liebend.

• D. M.

„Lady Night“ ist in der Parkbühne des Leipziger Clara-Zetkin-Parks noch bis zum 17. Juli zu sehen. Die Vorstellungen beginnen jeweils um 20 Uhr.

Wer sich hingegen beim „Zerbrochenen Krug“ amüsieren will, hat dazu in der Hainstraße (Webers Hof) noch bis zum 31. Juli täglich (außer montags) um 21 Uhr Gelegenheit.

Die Leipziger Pfeffermühle wurde 50, also beste Gelegenheit, das Wirken im vergangenen Jahrhundert zu würdigen. Autor ist der langjährige Pfeffermüller Hanskarl Hoerning, ein Kabarettist erster Güte. Leider führt er sich mit einem selbstgerecht wirkenden Kapitel ein, dass er ein toller Hecht sei usw. usf. Diese Selbst-Beweihäufung ist ein denkbar schlechter Einstieg.

„Geschichten und Bilder aus fünf Jahrzehnten“ heißt es im Untertitel des gut illustrierten – sogar ein Bogen mit Farbbildungen! – und ansprechend von Mathias Bertram gestalteten Buches aus dem jungen Lehmsstedt Verlag. Was aber beileibe nicht der einzige Vorzug ist: hochinteressante Bildauswahl, viele wunderbare Zitate aus fast allen Programmen. Allerdings darf der Leser die Autoren der Kabarett-Text-Zitate erst mühsam durch einen Blick auf die Seite „Nachweise“ ermitteln, was wenig lesefreundlich ist. Hervorzuheben sind die Auflistungen aller Programme der „Pfeffermühle“ mit Premieren-

## Eine Kabarett-Chronik mit Schwächen

datum, Regisseur, Ausstattung und Textautoren. So weiß man schnell, dass das aktuelle *Durch die Mühle gedreht* das 89. Programm ist. Eine stolze Zahl. Beim genauen Blick in das Inhaltsverzeichnis tun sich allerdings Diskrepanzen auf. Das Kapitel „Hochtouren“ soll auf Seite 174 beginnen, fängt aber erst auf Seite 187 an, die „Wechseljahre“ wandern von Seite 205 auf Seite 221 usw. Das Nachwort (ursprünglich Seite 265) entpuppt sich als halbseitiger Nachsatz (Seite 281). Das hätte bei einem so liebevoll gestalteten Werk einfach nicht passieren dürfen. Auch wenn der Chronist, der ohne jeden Zweifel ein wunderbarer Kabarettist ist, an vielen Programmen beteiligt war, kommt er doch nicht ohne zeitgenössische Stimmen aus, sei es nun aus den Medien oder aus anderen Quellen. Kritiken in ei-

nem Buch über das älteste Leipziger Kabarett zu zitieren, ist seine Pflicht und das ist ein weiterer Vorzug – auch weil sich die Kritiker so oft widersprechen. Als eindeutig negativ empfand der Rezensent, dass die DDR-Geschichte der Mühle zu großen Teilen mit IM-Berichten widerspiegelt wird. Hoerning bedauert im Vorwort, aufgrund irgendeines Paragraphen keiner Decknamen-Entschlüsselung würdig zu sein. Das traf ihn tief – und er rächte sich prompt: Wenn er einen IM nennen kann, der schon an anderer Stelle durchs Dorf gejagt wurde, tut er das. Cui bono? Nur in den Kapiteln, die das Geschehen nach 1989 behandeln, finden sich keine solchen Zitate mehr. Der nun von ihm bestrittene Parforceritt, in dem er fast jede, pardon, Kuhbläke westlich der Elbe erwähnt, in dem die Müller mal auftraten,

liest sich mühsam. Die Presse-zitate ermüden. Insgesamt wird er in diesem Teil dem künstlerischen Bemühen des Brettl nicht gerecht.

Der Rezensent ist, es sei ausdrücklich betont, Mühlen-Fan seit 1962 und hat das in den jüngsten Leipziger Blättern unter Beweis gestellt. Hoerning hat mehrere Bücher zum Kabarett veröffentlicht, mit seinem jüngsten hat er trotz aller Vorzüge weder sich noch der Pfeffermühle einen Gefallen getan.

• WOLFGANG U. SCHÜTTE

Hanskarl Hoerning: *Die Leipziger Pfeffermühle. Geschichten und Bilder aus fünf Jahrzehnten.* Lehmsstedt Verlag, Leipzig 2004. 302 S, 19,90 Euro

## Pablo Neruda 100 Jahre



Geboren am 12. Juli 1904 in Temuco, gestorben am 23. September 1973 in Santiago de Chile

Pablo Neruda:

### Antwort auf eine Umfrage

Die Frage lautet: Wie wird es im Jahr 2000 um die Poesie bestellt sein? Das ist eine haarige Frage. Wenn sie mir in einer dunklen Gasse entgegenkäme, würde sie mich in Schrecken versetzen wie der Leibhaftige. Denn was weiß ich vom Jahr 2000? Und vor allem: Was weiß ich über Poesie?

Sicher bin ich nur, daß man im kommenden Jahrhundert nicht das Leichenbegräbnis der Poesie feiern wird.

In jeder Epoche wurde die Poesie für tot erklärt, sie hat sich als zentrifugal erwiesen und währt immer fort, sie hat sich als lebenslänglich erwiesen, sie steht mit großer Intensität von den Toten auf, sie scheint ewig zu sein. ...

Es ist wahrscheinlich, daß im Jahre 2000 der neuartige und überall in Mode stehende Dichter ein griechischer Dichter sein wird, den jetzt niemand liest und der Homer heißt.

Mir soll das recht sein, und deshalb will ich anfangen, ihn von neuem zu lesen. Ich will mich unter seinen sanften und heroischen Einfluß stellen, unter seine Verwünschungen und seine Prophezeiungen, seine marmorner Mythologie und seine Blindenstöcke.

Zur Vorbereitung des neuen Jahrhunderts will ich versuchen, in Art des Homers zu schreiben. Ein so fabelhafter und vom berühmten Meer so durchtränkter Stil würde mir nicht schlecht anstehen.

Dann werde ich mit einigen Fahnen des Odysseus, Königs von Ithaka, auf die Straße gehen. Und da die Griechen schon aus ihren Gefängnissen heraus sein werden, werden sie auch mit mir zusammen die Normen des neuen Stils des 21. Jahrhunderts festlegen.

Aus: Pablo Neruda: *Denn, geboren zu werden ... Prosa, Publizistik, Reden.* Berlin 1982

## Buchmesse verträgt keine Bundeswehr

(LN) Bereits dreimal hat die Bundeswehr die Leipziger Buchmesse dafür missbrauchen können, sich Schülern als „Friedensarmee“ zu repräsentieren und unter ihnen für ihren militärischen Nachwuchs zu werben. Während auf der Frankfurter Buchmesse den Militärs nach einmaligem Auftritt die Tore verschlossen blieben, hat die Leipziger Messeleitung zu verstehen gegeben, dass sie auch im kommenden Jahr der Bundeswehr wieder erlauben will, die Buchmesse zu missbrauchen.

Gegen diese Absicht gibt es bereits Proteste von Autoren und Verlegern, darunter auch des PEN-Zentrums, das sich im März gegen die „Militarisierung der Buchmesse“ aussprach. Nun haben auch zwei sächsische Literaturfreunde aus Reichenbach/V., der selbständige Unternehmer Detlef Gaida und der Inhaber der Evangelischen Buchhandlung, Jörg Windt, die Initiative ergriffen und eine Unterschriftenaktion gestartet. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

### Literatur ja – Armeepäsentation nein. Keine Bundeswehr auf der Leipziger Buchmesse 2005!

Wir sind der Meinung: Solch ein literarisches Großereignis wie die Buchmesse in Leipzig verträgt sich nicht mit Vorführungen der Deutschen Bundeswehr.

Wir setzen uns stattdessen dafür ein, dass Eurofigther und Streubomben verschwinden, die wirtschaftliche Kluft zwischen den reichen und armen Völkern der Welt abgebaut wird und dass auch in Deutschland eine Sozialpolitik gestaltet wird, die diesen Namen wirklich verdient! Mehr aktuelle Publikationen zu solch brisanten Themen wären eine Bereicherung der Buchmesse 2005 – im Gegensatz zur Präsentation der Deutschen Bundeswehr.

Bitte unterstützen auch Sie unser Anliegen mit Ihrer Unterschrift.

Die Listen mit den Unterschriften wollen die Initiatoren am 21. September – dem UNO-Weltfriedenstag – der Geschäftsführung der Leipziger Messe übergeben. Es bleibt zu hoffen, dass viele Bücherfreunde mit ihrer Unterschrift diese lobenswerte Aktion unterstützen. Unterschriftenlisten können bei Detlef Gaida unter

der Telefonnummer 03765-20760 oder per E-mail bestellt werden: [detlef.gaida@web.de](mailto:detlef.gaida@web.de).

Es besteht auch die Möglichkeit, Listen aus dem Internet herunter zu laden: [www.dfg-vk-mainz.de/material/pdf/buchmesse2005.pdf](http://www.dfg-vk-mainz.de/material/pdf/buchmesse2005.pdf).

John O'Donohue – 48-jähriger Schriftsteller und nebenberuflich Seelsorger – ist gebürtiger Ire. In Tübingen studierte er philosophische Theologie und promovierte 1990 über Hegel. Er war 19 Jahre Pfarrer in irischen Gemeinden und lebt heute in einem Dorf, in dem man noch Gälisch spricht. O'Donohue versucht „eine Brücke zu schlagen zwischen der uralten Kultur des Keltischen und den Bedürfnissen der heutigen Zeit. Sein Buch versteht er nicht als philosophische Abhandlung, er stellt sich vielmehr das Ziel,

## Ein Versuch, die Schönheit zu beschreiben

Begegnungen mit dem Schönen möglichst beispielreich dar- oder vorzustellen und sie in eine Beziehung zum Reichtum des Lebens zu setzen.

Eine Annäherung an den Begriff Schönheit versucht O'Donohue über die Unterscheidung zwischen Schönheit und Glamour. Die Verwechslung beider Phänomene habe damit zu tun, „dass wir in einer Gesellschaft

leben, die Bilder sehr aggressiv einsetzt“. Glamour beziehe sich auf das Äußere. Nicht zuletzt die große Kosmetikindustrie bewirke, dass sich viele Leute – vor allem Frauen – in ihrem eigenen Körper nicht zu Hause fühlen.

Selbstverständlich ist es für den Autor schwierig, sein ungewöhnlich weit gespanntes Problemfeld (u.a. Die Musik der Schönheit, Die Farbe der Schön-

heit, Der Eros der Schönheit, Schönheit und Tot) mit dem oben angedeuteten Schönheitsbegriff zu fassen, ohne ihn außerordentlich auszuweiten. Viele Aussagen („Die Schönheit des Mitgefühls schützt und rettet die Welt“) stehen im Zusammenhang mit dem theologischen Grundkonzept O'Donohues.

• Ch. Her.

John O'Donohue: *Schönheit. Das Buch vom Reichtum des Lebens.* Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2004. 320 S., 15 Euro

## KALENDERBLATT

Vor 40 Jahren verstorben

## Otto Buchwitz

Otto Buchwitz, geboren am 27. April 1879 in Breslau, stand als Sozialdemokrat Bebelscher Prägung nach Jahren der Emigration und faschistischer Haft im Zuchthaus Brandenburg in den schwersten Jahren sächsischer Geschichte 1945 bis 1952 an der Spitze des sächsischen Landtags. Viele sächsische Städte – Dresden, Leipzig, Chemnitz – lagen in Trümmern, Sachsens Bürger waren von Hunger und Seuchen heimgesucht. Es galt, das Vermächtnis der Antifaschisten und die völkerrechtliche Verpflichtung zu erfüllen, den deutschen Faschismus und Militarismus mit der Wurzel auszurotten. Kurt Schumacher formulierte das im August 1945 so: „Aus dem Klassencharakter des Nazismus ergibt sich zu seiner Überwindung als Konsequenz: der Sozialismus. Die Voraussetzung ist die völlige Zerschlagung der finanzkapitalistischen, imperialistischen und militaristischen Linie.“ Doch wer in unrealistischer Weise den Sozialismus zur „Tagesaufgabe“ erklärte, konnte es nicht ehrlich meinen.

Otto Buchwitz wusste aus den leidvollen Erfahrungen des Untergangs der Weimarer Republik und des faschistischen Kerkers, dass für eine radikale Wende in der deutschen Geschichte die revolutionäre Einheit der Arbeiterbewegung nötig ist. Er empfand sie als „Zwang“, nicht nur, weil dieser „Zwang“ im Prager Manifest des SPD-Vorstandes vom Januar 1934 begründet worden war, sondern als Zwang des Gewissens und der politischen Notwendigkeit.

Otto Buchwitz wurde in Sachsen unbeirrt und unbeirrbar „Vater der Einheit“, und Sachsen ging in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung voran: Bodenreform, Volksentscheid zur Enteignung der Kriegsverbrecher am 30. Juni 1946, die Bildungsreform und andere Maßnahmen wurden von Otto Buchwitz leidenschaftlich vorangetrieben. Was davon war historisch falsch und bedarf einer Entschuldigung?

Heute verdingen sich junge Sozialdemokraten als „Kloppfechter des Kapitals“ und verleumden die demokratische Umwälzung als „Diktaturdurchsetzung in Sachsen“. Dabei ist gerade jetzt bewiesen, was auch Kurt Schumacher 1945 gewusst hat: Kapitalismus ist Feind der konsequenten Demokratie und des Friedens.

Das segensreiche Wirken von Otto Buchwitz, seine politische Integrität, seine Lauterkeit und Bescheidenheit, seine Treue zu den Bebelschen Traditionen können heutigen Politikern unangenehm sein, aber sie bleiben im Gedächtnis jedes anständigen (nicht nur) Sachsen.

Am 9. Juli 1964 verstarb Otto Buchwitz in Dresden.

• HORST SCHNEIDER

## Warum Stauffenberg zum Attentäter wurde

Am 20. Juli 1944 detonierte im Führerhauptquartier „Wolfschanze“ bei Rastenburg die von Oberst Claus von Stauffenberg gelegte Bombe, die Hitler töten sollte. Das Unternehmen schlug fehl, der Diktator überlebte. Hitler, der vorgab, darin eine „Bestätigung des Auftrags der Vorsehung“ zu sehen, sein Lebensziel weiter zu verfolgen, tobte hemmungslos: „Eine ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer, dummer Offiziere hat ein Komplott geschmiedet, um mich zu beseitigen und zugleich mit mir den Stab der deutschen Wehrmacht auszurotten.“

Hans Bentzien, der das Attentat selbst nur abschließend kurz behandelt, geht in seinem Buch vorrangig der Frage nach, warum Stauffenberg, der sich für das NS-Regime begeistert hatte, zum erbitterten Gegner Hitlers und letztlich zum Attentäter wurde. Detailliert behandelt er die Motive, das Ausmaß und die inneren Widersprüche der ungleichartigen Verschwörung, deren Zögerungen, Illusionen und Ziele – so existierten vor allem über die künftige Gestaltung Deutschlands gegensätzliche Vorstellungen –, aber ebenso den Mut und den Willen derer, die ihr Leben zu geben bereit waren. Das umfangreiche Personenverzeichnis des Bandes belegt die Beachtung der personellen Breite, in der sich unter-

schiedliche Zugehörigkeiten widerspiegeln, durch den Autor. Wesentlichen Einfluss auf Stauffenbergs Auffassungen über die angestrebte neue gesellschaftliche Ordnung nahm Julius Leber, die Hauptperson seiner Kontakte zur sozialdemokratischen Widerstandsbewegung. Zwischen ihnen bahnte sich eine Zusammenarbeit an, die Lebers Frau als „eine tiefe menschliche und politische Freundschaft“ empfand.

Nachdem Wilhelm Leuschner das Ersuchen Stauffenbergs abgelehnt hatte, nach einem politischen Umsturz an die Spitze einer neuen Regierung zu treten, favorisierte Stauffenberg Leber als Kanzler. Doch auch er lehnte aus den gleichen Gründen wie Leuschner ab. Beide meinten auf die Frage Stauffenbergs, „ob es nicht richtiger sei, ein Vertreter der Arbeiterschaft träte an die Spitze einer künftigen Regierung“, mit realistischem Blick, dass dazu die Arbeiterbewegung angesichts der furchtbaren Hinterlassenschaft und ihres inneren Zustands zunächst nicht in der Lage sei. So blieb gar kein anderer Kandidat übrig als Goerdeler. Jedoch waren Stauffenberg und Leber der Meinung, wie Bentzien belegt, „eine Regierung Goerdeler könne nur eine Übergangsregierung“ sein, die sich „wegen ihres reaktionären Programms abwickeln“ würde. Stauffenberg



nahm mit Zustimmung die Meinung Lebers auf, dass dann „wahrscheinlich die linken Kräfte, die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften, an die Macht“ kämen.

Hitler, der verkündet hatte, so abzurechnen, „wie wir das als Nationalsozialisten gewohnt sind“, setzte seine Mordmaschinerie in Gang. Die Gestapo und der „Volksgerichtshof“ verrichteten ihr blutiges Werk. Bis zum 8. Mai 1945, schreibt Bentzien, fielen noch ungefähr 8000 Hitlergegner den faschistischen Henkern und Erschießungskommandos zum Opfer, gleich, ob sie im direkten Zusammenhang mit dem Attentat standen oder nicht.

Es ist eine Stärke des Buches, das den Lebensweg Claus von Stauffenbergs von dessen Kindheit bis zu seinem Tode nachzeichnet, dass es dem Leser die Konturen dieses Mannes aus den geschichtlichen Abläufen heraus nahe bringt. Damit hat Bentzien ein anspruchsvolles historisches Lesebuch vorgelegt, zu dem der Historiker kritisch vermerkt, dass keines der zahlreichen Zitate quellenmäßig nachgewiesen wird.

Letztendlich mahnt Bentzien, in Berufung auf Stefan Zweig, zu beachten, dass Geschichte bewusst oder unbewusst einige wenige Helden zur Vollkommenheit heroisiert und dadurch die Helden des Alltags ins Dunkel fallen lässt. An sie ist mitzudenken, wenn wir das Buch über Stauffenberg lesen.

Claus von Stauffenberg, der wie andere noch in der Nacht erschossen wurde, hat kein Grab. Seine Leiche und vier weitere Verschwörer wurden verbrannt, die Asche auf Görings Befehl auf Rieselfeldern verstreut. Hitler, Göring und ihresgleichen wollten Stauffenberg aus der Geschichte tilgen. Vergeblich.

• KURT SCHNEIDER

Hans Bentzien: Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Der Täter und seine Zeit. Das Neue Berlin, 2004. 368 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 17,50 Euro

## Vor 90 Jahren

## „Die Zunge im Zaume halten und abwarten!“

Die Leipziger Arbeiterschaft und der drohende erste Weltkrieg (Teil 2)

Am 25. Juli 1914 – die Kriegsgefahr hatte sich enorm zuspitzt – erklärte der Parteivorstand der SPD: „Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter missbrauchen. Überall muß den Machthabern in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Krieg!“ Am selben Tag erschien in der LVZ ein in gleichartigen Worten verfasster Leitartikel, der auf Agitation und Versammlungen orientierte und Demonstrationen in Aussicht stellte. Wörtlich hieß es: „Haltet Euch bereit zur Demonstration gegen den Krieg, zu der die Sozialdemokratie Euch rufen wird!“

Dass jedoch die Arbeiter nicht zum untätigen Warten verurteilt sein wollten, zeigte das Gewerkschaftsfest am 26. Juli 1914 in Leipzig. „Unbeabsichtigt“, schrieb die LVZ am Tag danach, „hatte sich das Fest“, an dem

30 000 Personen teilnahmen, „zu einer machtvollen Kundgebung gegen den drohenden Weltkrieg ausgewachsen“.

Rechte Partei- und Gewerkschaftsführer waren ängstlich bemüht, die Massen von der Straße fernzuhalten. Selbst als die chauvinistischen Umzüge und Exzesse der Alldutschen und anderer chauvinistischer Vereine – die besonders in der Zeit vom 26. bis 30. Juli 1914 vorwiegend in den Abend- und Nachtstunden stattfanden – das Bild der Innenstadt bestimmten, versuchten sie zunächst, die einhellige Forderung der Leipziger Arbeiterschaft nach entsprechenden Gegenaktionen zu ignorieren und ermahnten diese zur „Besonnenheit“ und „Ordnung“. „Laßt die vom chauvinistischen Rausch Erfassten ihres Weges gehen“, hieß es in einem Aufruf des SPD-Bezirksvorstandes an die Bevölkerung. Ebenso schrieb die LVZ: „Die Mehrheit der

Leipziger Bevölkerung ist zu vernünftig und zu besonnen, als das es sie danach gelüste, diesen alldeutschen Schreibern in den Straßen entgegenzutreten und ihnen durch das Aufgebot der Kriegsgegner einen deutlichen Beweis der Hohlheit ihres Kriegsrummels zu liefern.“ Und unter der Überschrift „Hütet Euch vor Denunzianten und Provokateuren“: „Wir wiederholen ... unsere Aufforderung, in diesen ersten Tagen die Zunge im Zaume zu halten und sich durch herausfordernde Reden ‚national‘ begeisterter Jünglinge nicht provozieren zu lassen! Nicht zu unbedachten Worten und am allerwenigsten zu unbedachten Handlungen.“ Diese Haltung wurde mit der Auffassung begründet, es sei „töricht, Widerstand zur Zeit der Mobilisation zu leisten, wenn die staatliche Gewalt ihren höchsten und stärksten Ausdruck“ erhalten habe. Doch die um sich greifende Unzufriedenheit mit der Haltung des SPD-Bezirksvorstandes und die Furcht, die Kontrolle über die zur Aktion drängenden Partei- und Gewerkschaftsmitglieder zu verlieren, veranlasste die Leipziger Parteiführung, sich am 27. Juli in einem Aufruf an die Leipziger Bevölkerung zu wenden. „Der österreichisch-serbische Krieg“, hieß es, „ist

Tatsache geworden. Er ist nicht mehr zu verhindern – ob er zu lokalisieren ist, das ist die Schicksalsfrage, vor der Europa jetzt steht. Die Völker müssen jetzt alles aufbieten, um die Ausbreitung des Kriegsbrandes, um die Verwandlung des österreichisch-serbischen Konflikts in den verderbenbringenden Weltkrieg zu verhindern!“ Alle wurden aufgerufen, der Politik des Krieges möglichst wirkungsvoll entgegenzutreten.

Der Aufruf gipfelte in der Aufforderung zur Teilnahme an einer Kundgebung am 29. Juli auf dem Leipziger Messplatz. Er entsprach der breiten Antikriegsstimmung der Leipziger Arbeiterschaft und wirkte mobilisierend auf breitesten Schichten der Bevölkerung. Indem er sich nicht nur an die Leipziger Arbeiterschaft wandte, sondern auch an solche Schichten wie die Angestellten und Kleinbürger, berücksichtigte er die realen Bündnismöglichkeiten im Kampf gegen Militarismus und imperialistischen Krieg. Er war ein Sieg der zur Aktion drängenden Kräfte gegen rechte Führer in der Leipziger Arbeiterbewegung, wie noch zu zeigen sein wird.

Lesen Sie dazu Teil 3 in unserer Ausgabe 15 vom 23. Juli 2004.

• KURT SCHNEIDER



Von  
**KLAUS HUHN**

Eine brandneue Meldung war es nicht, die mir da in die Hände fiel, aber wichtig genug, um das Thema vielleicht ein letztes Mal zu erörtern. Das Nationale Olympische Komitee – erinnern Sie sich an jene Damen und Herren, die den gestressten Kanzler überredet hatten, einen Briefumschlag zu öffnen und vorzulesen, dass Leipzig in freier und geheimer Wahl erkoren worden war, die Olympischen Spiele 2012 zu veranstalten? – hatte seinen Präsidenten Klaus Steinbach unlängst Selbstkritik üben lassen. Man habe, so wurde mitgeteilt, die Leipziger Bewerbung „sorgfältig und kritisch analysiert und daraus Eckpunkte für eine zukünftige Bewerbung abgeleitet“. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb dazu: „Um ähnliche Pleiten wie mit Leipzig zu vermeiden, habe eine Arbeitsgruppe ‚einen Zehn-Punkte-Katalog erstellt‘. Oberste Priorität habe die ‚alleinige Ausrichtung an der internationalen Durchsetzungsfähigkeit der Bewerberstadt. Dabei werden ausschließlich die für die Auswahl gültigen Kriterien des IOC maßgeblich sein.“ Wer dieses Kauderwelsch in klarem Deutsch übersetzt, muss daraus schließen, dass man bei Leipzigs Bewerbung die entscheidenden Maßstäbe vergessen hatte. Und muss sogleich fragen: Warum wohl? Es ist weit und breit kein Grund zu erkennen, warum man bei der Leipziger Bewerbung die „ausschließlich für die Auswahl gültigen Kriterien“ ignoriert hatte. Nur einer lässt sich erahnen: Man wollte eine Geste des Wohlwollens gegenüber den „Ossis“ präsentieren. Schaut her und erkennt endlich, wie gern wir euch

haben – sogar die Olympischen Spielen überlassen wir euch! Und um das noch deutlicher zu machen, fragen wir: „Darf's ein wenig mehr sein?“ und packen Rostock obendrauf. Nein, das ist weder übertrieben noch böswillig, sondern die blanke Wahrheit.

ben“. Worüber man sonst noch in Leipzig redet? Natürlich über den Fußball. Ein Superstadion und keine Mannschaft, der Widerspruch ist vom sportlichen Standpunkt her schwer zu erfassen und passt

## Sportkolumne

# Von Planvorgaben bis zu Lok

Sollte Ihnen morgen ein Mitglied des IOC zufällig über den Weg laufen, der wird Ihnen Ähnliches bekunden. Ich traf unlängst zwei. Beide schüttelten den Kopf und fragten: „Was sollte denn das?“ Einer von beiden hatte mich vor einem Jahrzehnt schon mal Ähnliches gefragt. Damals hatte sich Berlin beworben und man hatte der Welt verkündet, dass die Spiele nur in der wiedervereinigten Stadt stattfinden könnten. „Warum?“, lautete damals die Frage. Das IOC mag es nicht, in den Verdacht zu geraten, politische Entscheidungen zu treffen. Es trifft ohnehin genug, da muss es nicht auch noch bei der Wahl der Olympiastädte politisch zugehen! Da man gerade beisammen war, erörterte man auch gleich die „Ziele“ für Athen. Manfred von Richthofen, der immer noch davon träumt, eines Tages der mächtigste Mann des deutschen Sports, und zwar NOK- und DSB-Präsident, zu werden, forderte vom NOK-Präsidenten Steinbach ziemlich kategorisch den dritten Platz in der olympischen Länderwertung. Das tat er natürlich ganz nebenbei, denn die harten Medaillen-„Pläne“ hat man schließlich der DDR zugeschrieben und das soll möglichst so bleiben. Steinbach war klug genug, zu antworten, er halte Platz fünf für „möglich“ und fügte hinzu: „... besser wäre wünschenswert.“ Und wir? Wünschen allen deutschen Olympioniken viel Erfolg in Athen und dass sich ihre Träume dort erfüllen mögen, ungeachtet aller „Planvorga-

nicht einmal in die Marktwirtschaft. Alle wissen es: Der wiedererstandene 1. FC Lokomotive muss ganz unten anfangen und sogar künftig mit Ordnern anreisen, wenn die Schar der unerschütterlichen Anhänger auf die Spielplätze der elften Liga mitkommt. Und da in dieser Liga auch keine Linienrichter agieren – weil man keine hat –, wird man sich auch in dieser Hinsicht einiges einfallen lassen müssen, denn Schiedsrichter werden – selbst bei Europameisterschaften – ohnehin schon heftig genug attackiert und es fällt schwer, sich vorzustellen, wie die Fans auf die Pfiffe in der elften Liga reagieren. Es ist jedoch vorstellbar, dass man diese Probleme in den Griff bekommt. Mehr Mühe hat man schon, wenn man sich ausmalt, wie der 1. FC Lok wieder in die höheren Regionen aufsteigen will. Jeder neue Spieler kostet neues Geld, und davon hat der Ex-Insolvent bekanntlich zu wenig. Blicke nur nach dem mutigen Schritt, zum Namen „Lokomotive“ zurückzukehren, der Deutschen Bahn zu empfehlen, dem Beispiel der Bayer-Werke in Leverkusen zu folgen, die sich rühmen, einen stabilen Betriebs-sport großzügig zu fördern. Man brauche in dem neuen Stadion bloß noch eine luxuriöse VIP-Kabine für den Bahnboss Mehdorn und seine Gäste einzurichten, aber das sollte sich wohl machen lassen. Ob die Bahn mitmacht, weiss ich allerdings nicht. Ich zweifle sogar daran. Denn Gewinn lässt sich mit dem FC Lok vermutlich vorerst nicht erzielen.

## TELESKOP

### Warum erst jetzt?

Nachdem über mehr als zehn Jahre wider besseren Wissens die Gefahren des Einsatzes von Uranmunition (DU) von den verantwortlichen Politikern und auch den Medien geleugnet oder verniedlicht wurden, strahlte der WDR erstmalig am 26. April eine Reportage über die Spätfolgen der von den USA eingesetzten DU-Munition aus. Im Mittelpunkt der Reportage „Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra“ von Frieder Wagner und Valentin Thurn – die bereits mehrfach wiederholt und deren englischsprachige Version vom belgischen und holländischen Fernsehen ausgestrahlt wurde – steht der deutsche Tropenarzt und Epidemiologe Prof. Dr. Dr. Siegwart-Horst Günther, der 1991 als erster Wissenschaftler auf den Zusammenhang zwischen der im zweiten Golfkrieg massenhaft eingesetzten DU-Munition und den im Irak auftretenden Krankheitssymptomen hingewiesen hatte. Die Dokumentation zeigt in eindrucksvollen Bildern vor allem das Leiden der geschädigten Kinder im Irak und das häufig erfolglose Ringen der Ärzte um das Leben dieser Kinder. Die Filmaufnahmen werden sachkundig von Prof. Günther kommentiert, der als Präsident der Hilfsorganisation „Das Gelbe Kreuz“ auch nach 1991 mehrmals zur Übergabe von Hilfssendungen im Irak weilte. Er berichtet u. a. darüber, dass es in der Umgebung von Basra radioaktiv kontaminierte Gebiete gibt, in denen punktuell die Strahlungsintensität mehr als das 20 000-fache der natürlichen Intensität beträgt. Die Langzeitwirkung der DU-Munition ist nicht auf den Irak begrenzt. Der Film zeigt ähnliche Effekte in Bosnien, Serbien und Afghanistan. Doch nicht nur die Zivilbevölkerung ist davon betroffen. Britische und US-amerikanische Golfkriegsveteranen berichten, dass bei ihnen und ihren Kindern die gleichen Symptome vorhanden sind; es wird geschätzt, dass etwa 60 000 kontaminiert sind. Für seine jahrelange Tätigkeit für Frieden und Humanismus wurde Prof. Günther für den alternativen Nobelpreis 2004 vorgeschlagen. • H. U.

# Lesen was andere verschweigen:



## Jetzt drei Monate Probeabo!

**Ja, ich will das Probeabo nutzen!  
Ich zahle für 7 Ausgaben nur 3,50 €  
statt 7,00 €.**

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Ich möchte auf Rechnung bezahlen.

Ich möchte per Lastschrift bezahlen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

Kreditinstitut: \_\_\_\_\_

Bankleitzahl: \_\_\_\_\_

Das Probeabo erlischt nach 7 Ausgaben automatisch. Ich kann es aber danach in ein normales Dauerabo umwandeln lassen, wobei ein neuer Vertrag über den Bezug von "Leipzigs Neue" geschlossen werden muss.

Datum / Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Dieses Europa bietet keine Alternativen

Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Böhmer, stellt, von den Wählern enttäuscht, fest: „Wenn die Menschen in Ostdeutschland 1989 für freie Wahlen auf die Straße gehen und 15 Jahre später niemand mehr zu diesen freien Wahlen geht, stimmt etwas nicht.“

Dass „etwas nicht stimmt“, da pflichte ich ihm zwar bei, allerdings nicht in dem von ihm gemeinten Sinne. Mir fällt gleich mehreres zur Begründung ein. Nach der anfänglichen Wende-Euphorie, die auch den Irrglauben nährte, dass nun alles besser werde, machte sich in den Folgejahren eine immer größere Ernüchterung und Skepsis breit. Im gleichen Maße, wie die Industrie wegbrach (die Betriebe waren nicht alle marode, sie wurden z. T. bewusst vernichtet!) und damit die Arbeitslosigkeit Alltag wurde, wie die sozialen Leistungen immer weiter zurückgefahren wurden, Wohnraum für viele unbezahlbar wurde, schwand das Vertrauen der Bürger in diese Politik, in dieses System. Da nützen auch keine noch so „freien“ Wahlen etwas, wenn die gewählten Abgeordneten kaum etwas für die einfachen Menschen bewegen können. Ich betone ausdrücklich „für die einfachen Menschen“, denn die Gutbetuchten und Neureichen fühlen sich in diesem (ihrem) System sauwohl.

Insofern war die geringe Wahlbeteiligung und das Wahlergebnis nicht nur eine Ohrfeige für die derzeitige Regierung oder die um die Macht buhlenden „Schwarzen“ (unter deren Ägide würde alles noch viel schlimmer!), sondern es war eine Absage an das kapitalistische System als Ganzes.

Man kann feststellen, dass sich nach vielen Jahren des Duckens glücklicherweise wieder die Vernunft und kritisches Denken bei den Bürgern durchzusetzen beginnt.

Die gleichen Bewertungen des Wahlverhaltens treffen im Prinzip auch auf die Europawahlen in den anderen Staaten zu. Die Enttäuschung, dass es ihnen nach der „Wende“ viel schlechter geht als vorher, ist bei den Bürgern aus den Staaten des ehemaligen Warschauer Vertrages so groß, dass sie sich vom Beitritt zur EU kaum etwas Positives erhoffen. Die überwiegende Mehrheit der Bürger hat sogar, wie im Osten der BRD, die Hoffnung ganz aufgegeben. Wenn die Medien nun fast unisono feststellen, dass das Wahlergebnis zu bedauern sei, weil linke Kräfte wieder mehr Zuspruch gefunden haben, dann ist das meines Erachtens eher als das einzig positive Signal dieser Wahlen zu werten.

GOTTFRIED FLEISCHHAMMER,  
Leipzig

Am 13. Mai 2004 diskutierte der Wissenschaftsausschuss des Sächsischen Landtags über die Änderungsvorschläge der PDS-Fraktion zum sächsischen Gedenkstättengesetz. Die sächsische Gedenkstättenpolitik war bekanntlich im Januar 2004 auch international in die Schlagzeilen geraten, als die Vertreter der antifaschistischen Opferverbände dem Zentralrat der Juden folgten und ihre Mitarbeit aufkündigten. An der Diskussion nahmen u. a. Minister Dr. Rößler, PDS-Fraktionschef Prof. Dr. Peter Porsch, Prof. Dr. Heinrich Fink für den VVN/BdA, Dr. Haase als Leiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und Dr. Schmeitzner für das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung teil. Welche Erkenntnisse sind dem Beobachter möglich?

Die erste: **Die Verantwortlichen des Fiaskos sind sich des Wesens, der Tragweite und der Folgen des Konflikts nicht bewusst.** Dr. Haase behauptete, die Diskussion sei „ohne Not in ein parteipolitisches Konfliktfeld geraten“ und Schuld daran sei die CDU-Fraktion des Bundestages mit ihrem Gesetzentwurf im Januar gewesen. In Sachsen „gab es keine Tendenz der Analogisierung und Relativierung von NS-Verbrechen“.

Dann ist also der Sprecher des Zentralrats der Juden, Salomon Korn, einer Fata Morgana zum Opfer gefallen, als er in der *Süddeutschen Zeitung* vom 23. Januar 2003 verkündete: „Bis hierher und nicht weiter!“? Dann hat Heinrich Fink, der am 13. Mai von der „Verharmlosung der Singularität der Verbrechen des Nationalsozialismus“ sprach, eine unbegründete Anklage erhoben? Dann gab es den Plan eines „dreistufigen“ Denkmals und die Verhinderung eines Denkmals für die

Deserteure der Nazi-Wehrmacht in Torgau gar nicht? Am Münchener Platz in Dresden gibt es nicht das „Leitsystem“, das die Parallelisierung der Ereignisse vor und nach 1945 vorschreibt? Nur ein Beispiel: Vor dem Richthof verkündet eine Platte: „Von 1945 bis 1952 wurden im Richthof über 15 Todesurteile sächsischer Gerichte vollstreckt, vorrangig wegen

1945 und z. B. den Rheinlagern für Kriegsgefangene (James Baque: Der geplante Tod). Die makabre „Saldierung von Opfern“ (Roman Herzog) hat eine politische, keine wissenschaftliche Funktion.

Die zweite Erkenntnis ist: **Der Streit geht im Kern um die Durchsetzung der staatlich verordneten Totalitarismuskodex-**

## Pleiten, Pech und Pannen

### Anmerkungen zu einer Diskussion im Sächsischen Landtag zum sächsischen Gedenkstättengesetz

Beteiligung an nationalsozialistischen Tötungsverbrechen“.

Im Klartext: Hier wurden Kriegsverbrecher hingerichtet. Warum werden diese Namen (auch durch Haase) geheim gehalten? Warum wird überhaupt an sie erinnert? Werden Gedenktafeln für Kriegsverbrecher auch in Nürnberg, Landsberg oder Werl angebracht? In Bautzen gibt es die Instrumentalisierung der Opfer des sowjetischen Internierungslagers nicht (das in den Westzonen seine 40fache Entsprechung hatte)? Wie wäre es mit einem Vergleich zu Dachau, das von den US-Truppen zur Internierung von Nazi-Verbrechern benutzt wurde? Es muss nicht geforscht werden. Die Fakten sind in Klaus-Dietmar Henkes – von 1997 bis 2002 Direktor des Hannah-Arendt-Instituts – „Die amerikanische Besetzung Deutschlands“ nachzulesen.

Wenn schon Vergleiche von Lagern nötig erscheinen, dann nicht nur zwischen KZ, GULAG und Internierungslagern der sowjetischen Besatzungsmacht, sondern auch zu Dachau nach

trin, die Gleichsetzung vom Dritten Reich und DDR als „totalitärer Unrechtsstaat“.

In diesem Sinne war und ist Sachsen zum „Nebenschauplatz“ avanciert, wie Ulrich Mähler und Manfred Wilke jüngst konstatierten. Diese beiden „DDR-Forscher“ sehen den „offenkundigen Konflikt über die Formen und den Stellenwert, den das Gedenken an das Leid annehmen soll“. Leid hat also einen „Stellenwert“? Für wen, wessen Leid? Leid ist eine mathematische Größe? Dr. Schmeitzner vom Hannah-Arendt-Institut verriet unfreiwillig etwas vom Mechanismus dieses Spiels. Er ging so weit zu behaupten, dass (neben dem Beauftragten für die Stasi-Unterlagen) sein Direktor „die einzige fachliche Kompetenz in diesem Gremium“ habe.

Schmeitzner bewies damit, dass die sächsische Gedenkstättenarbeit inhaltlich den Vorgaben des Hannah-Arendt-Instituts folgt, also staatlich dirigiert wird. Prof. Dr. Henke hat nach seinem Ausscheiden mit „seinem“ Institut

öffentlich abgerechnet. Dessen Arbeit sei „Ressourcenvergeudung“. Der jetzige Direktor Gerhard Besier war in Freiburg Kirchenhistoriker, dessen Missbrauch der Akten der Gauck-Behörde in dickleibigen Arbeiten über die „böse Kumpanei“ von evangelischen Pfarrern mit dem „DDR-Regime“ flossen. Die *Süddeutsche Zeitung* nannte das „Denunziation“ und mit den Worten aus Kirchenkreisen „hochgiftigen Sondermüll“. Vermutlich hat ihn das für das Amt in Sachsen prädestiniert.

Eine dritte Erkenntnis ist vielleicht erlaubt: Die Haase und Schmeitzner scheinen nicht zu vermuten, dass sie mit ihrer Arbeit **nicht der historischen Wahrheit und der politischen Versöhnung einen Dienst erweisen**, sondern etwas tun, was im Buch der Adenauer-Stiftung „Geschichtsbilder“ am Beispiel des Hannah-Arendt-Instituts beschrieben wird: „Mit Geschichte (gemeint ist das Geschichtsbild) lassen sich Skandale kreieren, die Welt in ‚anständig‘ und ‚unanständig‘ aufteilen, in ‚gut‘ und ‚böse‘ ... Mit Geschichte lässt sich von den ‚harten‘ Problemen, die Detail und Umsetzung erfordern, ablenken zugunsten geistesgeschichtlicher Großwetterlage, in die man Zeitdiagnostisches nach Belieben einspeisen kann. Denn ihr Potential ist für alles gut: für das falsche Zitat, die unzutreffende Parallele, für das gewünschte Missverstehen, den übertriebenen Vergleich, für vermeintliche Ursachen und unterstellte Wirkung, für Ästhetik und Moral, für Vorbild, negativ oder positiv, für die Sehnsucht nach historischer ‚Verortung‘ angesichts zunehmender Innovationsdynamik, gar nach ‚Identität‘“.

HORST SCHNEIDER,  
Dresden

## USA verschärfen Kuba-Krise

Nach dem völkerrechtswidrigen Irakkrieg verstärken die USA ihre Anstrengungen, mit einer drastischen Verschärfung der von der UNO vielfach verurteilten Wirtschaftsblockade sowie weiteren Einmischungsmaßnahmen das sozialistische System zu kippen und eine „repräsentative Demokratie und freie Marktwirtschaft“ einzuführen.

Bereits Anfang 2003 gründete G. Bush eine „Kommission zur Unterstützung eines Freien Kuba“, und am 10. Oktober wurden über ein Dutzend Ministerien und andere Institutionen mit konkreten Planungsarbeiten beauftragt, die am 6. Mai 2004 in einen 500-seitigen Katalog einmündeten, den man als perfekte Methode von „Zuckerbrot und Peitsche“ bezeichnen muss.

Völlig unverständlich ist mir das weltweite Schweigen zu diesem haarsträubenden Eingriff in die Souveränität eines Staates, beginnend bei der UNO, bis zur EU, zur deutschen Regierung und zu den bürgerlichen Massenmedien.

Die unterwürfige „Blockflötenmentalität“ hierzulande ist mehr als aufschlussreich. Die Behauptung vom

„friedlichen Übergang“ ist eine Irreführung, denn der kubanische Staat kann die Installation einer „Fünften Kolonne“ und deren Ausbreitung unter Führung der Opposition nicht tatenlos hinnehmen. Es geht folglich in Richtung Bürgerkrieg um Leben und Tod. Die Dissidenten befinden sich in der fatalen Lage, die Wirtschaftsblockade begrüßen zu müssen, um finanzielle und logistische Unterstützung zu erhalten. Das bringt sie aber in Widerspruch zur Bevölkerung und in die Isolation.

Übrigens hatten die USA die große Chance, während ihrer 60-jährigen Kolonialzeit die Kubaner von den Vorzügen ihres Systems zu überzeugen. Das haben sie bekanntlich nicht vermocht. Ob die Kubaner nun überzeugt werden können, dass sich Amerika vom Saulus zum Paulus gewandelt hat, ist mehr als fraglich. Die *Cuba-si-Zentrale* ruft alle Sozialisten auf, sich gegen die auf Hass und Rachsucht gegen die Castro-Regierung und das politische System Kubas basierende aggressive Politik der USA zur Wehr zu setzen.

J. SPITZNER,  
Leipzig

### Zu LN Nr 10'04: Das Risikoprojekt funktioniert solide

#### Aber auch dank der CDU

Wenn einer Ihrer Autoren Herr Engelmann (PDS) vom Stadtrat Leipzig bescheinigt, Entwicklung und Probleme der Mülldeponie Cröbern seien dem vertraut, kann man nicht widersprechen.

Wenn Herr Bols dann aber schreibt, daß Cröbern letztlich ein Erfolg wurde, weil der Weiterbetrieb bis weit über das Jahr 2005 gegen den Widerstand insbesondere der CDU gesichert wurde, dann ist das so nicht richtig. Auch der Vertreter der CDU-Fraktion des Leipziger Stadtrates in den Aufsichtsgremien von WEV und ZAW, Herr Dr. Hessel-

bach, hat sich ständig in vielfältiger Weise für den Bau einer Mechanisch-Biologischen Aufbereitungsanlage in Cröbern eingesetzt und mit geholfen, den Weiterbetrieb der Deponie Cröbern über das Jahr 2005 hinaus bis zum Abschluß zu sichern.

Der Weiterbetrieb der Deponie, der jetzt möglich geworden ist, ist auch keinesfalls eine Art von Glücksfall, sondern der zielstrebigsten Arbeit von WEV und ZAW und den zuständigen Aufsichtsgremien zu verdanken

DR. JOCHEN HESSEL-  
BACH, Stadtrat

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.  
Die Redaktion

**Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.**

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

**VERANSTALTUNGEN**



**Mittwoch, 14. Juli, 20.30 Uhr, Leipzig**

Autorenlesung: *Passagen – Gedichte der Gegenwart*. Mit Thomas Rosenlöcher. In Zusammenarbeit mit Schaubühne Lindenfels und Deutsches Literaturinstitut Leipzig \*\*\*  
Schaubühne Lindenfels, Karl-Heine-Str. 50

**Freitag, 23. Juli, 16 Uhr, Chemnitz**

Vortrag und Diskussion: *Biogasanlagen – eine Alternative?* Mit Raul Domas (Kuba) und Natacha Matzen Bravo (gemeinsam mit Cuba si)  
Soziokulturelles Zentrum QUEER BEET, Rosenplatz 4

\*\*\* Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

**Polnische Ostsee, deutsche Hotelpension** 22,00 € ÜF  
Tel.: 00 48 91-3 81 11 72, www.hsta.pl

**Naturkundemuseum**

Leipzig, Lortzingstr. 3

**11. 7., 10.30 Uhr:** Eröffnung der Sonderausstellung *Vorsicht Zecken* mit Vortrag *Gefahr durch Freilandzecken*

**18. 7., 10.30 Uhr,** Vortrag: *Biologie der Zecken und übertragbare Krankheiten*

**Sonderausstellungen**

**bis 15. 8.:** *Hatschi ...! Pollen! – Blütenstaub in Medizin und Archäologie*

**bis 26. 9.:** *Schaubeute Honigbienen*

**11. 7.–8. 8.:** *Vorsicht Zecken*

*Vitrinenausstellung*

**bis 25. 7.:** *Spiele und Spielzeug aus der archäologischen Sammlung*

**Frauenkultur e. V.**

Leipzig, Windscheidstr. 51

**13. 7., 19.30 Uhr:** *Frida Kahlo, eine Malerin und Rebellin des Schmerzes*. Eine Hommage an Frida Kahlo zum 50. Todestag am 13. Juli 2004. Performance, Texte & Musik mit LIORO/Liliane Osorio de Rosen

**Lofft**

Leipzig, Lindenauer Markt 21

**1. Leipziger Amateurtheatertreffen. 8.–11. Juli:**

**10. 7.:**  
**18 Uhr:** *Hundspiel*  
**19.45 Uhr:** *Tagträumer*  
**21.30 Uhr:** *Monkey Island*

**11. 7.:**  
**16.30 Uhr:** *Improvisationstheater*  
**18 Uhr:** *Wir sind quitt, Messieurs!*  
**20 Uhr:** *Welt All Tag*

Eintritt: 7/4 Euro

**Stadtbibliothek Leipzig**

Wilhelm-Leuschner-Platz 10/11

**Ausstellungen**

**Die Artothek der Stadtbibliothek,** Oberlichtsaal, 2. Etage, **19. 6. bis 14. 8.**

**Buchkunst im Wandel.** Eine Ausstellung des Instituts für Buchkunst Leipzig, Ausstellungsfoyer, 1. Etage, **20. 7. bis 28. 9.**

**Objekte aus Filz, Keramik und Papier.** Eine Ausstellung der Stöteritzer Spielkiste. Galerie der Kinderbibliothek, **noch bis 7. 9.**

**In der Geschichte den Kern des Heute finden ...** Zum 5. Todestag der Leipziger Schriftstellerin Elisabeth Hering, Kabinettausstellung des Literaturarchivs, 1. Etage., **14. 7. bis 20. 9.**

**Veranstaltungen**

**22. 7., 18 Uhr,** Bibliotheksgeschichtliches Kabinett, 4. Etage, Vortrag: *Literarische Spielräume – Fontanes „Meine Kinderjahre“*

**LVA Sachsen verschickt keine ausländerfeindlichen Mails**

Wie leider auch die Landesversicherungsanstalt (LVA) Sachsen rücken derzeit viele Firmen, Behörden und Institutionen in ein zweifelhaftes Licht. Der Grund: Unter ihrer E-Mail-Adresse werden ausländerfeindliche Mails verschickt, weil ein Virus (SOBER H bzw. SOBER G) eine falsche Adresse vertäuscht. Bei einem befallenen Computer werden alle Verzeichnisse auf vorhandene E-Mail-Adressen durchsucht. Das Virus verwendet sie als Absender für die Verbreitung fremdenfeindlicher Parolen, die Bestandteil des Virus-Programms sind. Näheres zum Virus und dessen Beseitigung ist auf den Webseiten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationsbranche (BSI) unter [www.bsi.de](http://www.bsi.de) zu finden.

AUS EINER PRESSEMITTEILUNG DER LVA SACHSEN

**Für Sammler neu zusammengestellt**

● 240 Seiten für Sammler neu zusammengestellt: Beiträge aus dem Feuilleton von LEIPZIGS NEUE zu Jubiläen und Gedenktagen, zu Autoren und Büchern sowie zu Höhepunkten und Entwicklungen im Leipziger Kulturleben – ergänzt durch ein Register aller in den Texten genannten Personen.

● Bei uns 2 Euro preiswerter:

Leser von LEIPZIGS NEUE können diese interessante Publikation zum Vorzugspreis von 11, 50 Euro plus 2,30 Euro Versandkosten erhalten.

Bestellungen richten Sie bitte an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig  
Telefonische Bestellungen unter 0341 – 21 32 345  
E-Mail: [leipzig\\_neue@t-online.de](mailto:leipzig_neue@t-online.de)

● Auf Wunsch signieren Ihnen Top-Autoren dieses Büchlein



Wir trauern um

**Dr. phil. Günter Neumann**

geb. 25. Januar 1927 verst. 22. Juni 2004

Seine Freunde und Genossen

**Konzern-Sponsoring über die Werbung?**

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

**Finanzieren müssen wir uns dennoch!**

**SPENDEN an:**

Projekt Linke Zeitung e. V.,  
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ  
860 555 92, Kennwort: Spende für LN

**Übrigens:** LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

**Bestellschein**

**LIEFERANSCHRIFT:**

.....  
Name, Vorname  
.....  
Straße, Hausnummer  
.....  
PLZ, Ort  
.....  
evtl. Telefon

**RECHNUNGSANSCHRIFT**

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein  
 **Geschenkabonnement** ist  
.....  
Name, Vorname  
.....  
Straße, Hausnummer  
.....  
PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

**Solidaritätspreis:**  Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

.....  
Geldinstitut  
.....  
BLZ  
.....  
Kontonummer  
.....  
Kontoinhaber  
.....  
Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers  
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.  
.....  
2. Unterschrift des Auftraggebers

# Alles Käse!

## Warum BILD-Leser die Verlierer sind

BILD ist ja sowas von entrüstet: „Holländer spucken schon wieder gegen uns!“ „Sie kleben Rudi ins Klo“ und „Sie singen Hass-Lieder“. Schlussfolgerung aus all diesen holländischen Beleidigungen „weit unter der Gürtellinie“: „Ist es der ewige Neid auf unsere drei WM- und drei EM-Titel (sie hatten ja selbst nur ein einziges Mal die Europameisterschaft gewonnen)?“

Ätsch, steht nicht bei BILD. Aber irgend wie doch. Und weiter: „Vor der EM-Schlacht am Dienstag in Porto eröffnet unser Nachbar den Krieg der bösen Worte und Geschmacklosigkeiten ...“

Als wenn so ein Krieg ausgerechnet gegen BILD zu gewinnen wäre. Beispiele?

„Alles Käse! Warum die Holländer die ewigen Verlierer sind.“ – „Es stinkt bei der EM. Die Holländer kommen.“ Und dazu setzt BILD auf die erste Seite 55 Verlierer-Gründe

für Holland, etwa Nr. 42: „Weil holländisches Bier (Reis?!) so schmeckt als hätten eure Fußballer ihre Füße drin gebadet.“ Oder Nr. 43: „Weil ihr den Wattwürmern den Lebensraum streitig macht.“

Tja, und da meint BILD ganz bescheiden, den Krieg der Geschmacklosigkeiten habe Oranje längst gewonnen. Die beste Antwort darauf sei ein Sieg am Dienstag.

Gerecht geht's schon zu, gelt, liebe BILDler. Da ihr trotz allem die deutsch-nationale Fahne der grenzenlosen Geschmacklosigkeit und der Dummheit hochhaltet, blieb den Jungs um Ballack bloß, sich ehrenvoll in ein bescheidenes Aus zu retten.

So jedenfalls sieht das  
**MILIANE MAUS**



**Wir haben die EURO 2004 überleben dürfen.**



**Danke, lieber Rudi!**

**Dein Media Markt**  
Wir sind doch nicht blöd.

Der Markt verspricht: Geld für Fernseher zurück, wenn wir Europameister werden.

## Der Kuchenkauf

Ich hatte mich im Garten geschafft und war auf dem Nachhauseweg. Es war später Nachmittag. Auf einmal bekam ich richtigen Heißhunger auf ein Stück Kuchen. Wegen der schlanken Linie meide ich seit einiger Zeit die süßen Sachen.

Einmal in vielen Wochen kannst du doch, dachte ich. Also rein in die Verkaufsstelle einer Halleschen Bäckereikette, die sich in einem Gohliser Supermarkt eingemietet hat. Die Auswahl war nicht mehr sehr groß, aber es lag unter anderem noch Mandelkuchen in der Auslage. Allerdings nicht die normalen Kuchenstückchen, sondern nur noch Platten. Eine Platte kostete 2,35 Euro, also 4,70 Mark. Sie entspricht etwa 3,5 normalen Kuchenstückchen.

„Ich hätte gern von der Platte Mandelkuchen ein übliches Stück Kuchen.“ – „Das kann ich nicht.“ – „Sie werden doch ein Messer haben, um ein Stück abzuschneiden.“ – „Das darf ich nicht.“ – „Dann werfen sie wohl nach Ladenschluss auch die ganze Platte Mandelkuchen weg?“ – „Ja, das ist mir lieber als wenn ich Ärger mit meinem Chef bekomme.“

Ich ging und hatte wieder etwas für meine Gesundheit getan.

• **MANFRED ERBE**

## Schatzgräber und Zwangskollektivierer

Nein, nicht weil wir über Nacht reich werden wollten, wie einst die Goldgräber in Klondike, sondern aus purer Neugier zogen wir in die Letzlinger Heide, wo sie einen mächtigen Schatz gefunden haben sollten. Und – wie wir vor Ort erfuhren – auch ausgegraben hatten. Silber en gros! Das Kultusministerium von Sachsen-Anhalt hielt sich bei Auskünften sehr zurück und ließ nur wissen, dass man mit den einstigen Eigentümern Verbindung aufgenommen habe. Das ist ein gewisser Harald von Arnim, gebürtiger Armin von Wagenführ aus Tangerhütte, dessen Eltern aus Furcht vor den Russen im Frühjahr 1945 das Tafelsilber unweit ihrer Jagdhütte vergraben hatten. Gleich nach der Rückwende war der jetzt in Hanau ansässige Sohn vergeblich Spuren suchend durch die Wälder seiner Heimat gezogen.

Ob man denn das Silber mal betrachten könne, wollten wir wissen, wurden aber beschieden, dass es in Burg im Gewahrsam der Bundeswehr sei, was uns neue Rätsel aufgab. Der alte Mann in Hanau soll jetzt in Papieren seiner Mutter nach Belegen dafür suchen, dass ihm das Tafelsilber auch wirklich gehört. Wenigstens erfuhren wir hintenherum, es ginge um eine fünfstellige Summe! Der Hanau-

er wird sich aber spüten müssen, denn da allerorten „Tafelsilber“ verhökert wird, um leere Kassen aufzufüllen, könnte auch seins schon bald bei einer Auktion landen.

### Wanderungen durch Neufünfland

Nicht allzu lang war unser Weg nach Salzwedel, wo eine indische Astrologin ihre Zelte aufgeschlagen hat und allen Ernstes in die Zukunft blickt – für 100 Euro pro Prognose.

Wir hörten uns um, was sie schon alles gewissagt hatte: Im Herbst vorgezogene Neuwahlen, die Merkel wird dann Kanzlerin. Erfreulicheres: George W. Bush wird abgewählt. Tragisches: Michael Jackson wird nach einer Verurteilung Selbstmord begehen. Vielleicht spricht sich ihr erfolgreicher Auftritt herum und man holt sie nach Berlin. Da werden doch ständig Voraussagen gebraucht und der Preis von 100 Euro liegt garantiert unter den Summen für die Prognosen der Institute, die auch nicht viel mehr wert sind...

Bedenkliches erzählte man uns im Märkischen. Die von Schönbohm so forcierte Gemeindegemeinschaft hat einen neuen Namen: „Zwangskollektivierung“. Aber nicht weitersagen – der Mann hat Verbindungen.

• **KLAUS HUHNS**

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt  
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

## FUNDSACHEN

Gipfeltreffen der Regierungschefs werden maßlos überschätzt. Sie dienen vor allem den Medien, den Hoteliers und der Selbstdarstellung der Politiker.  
ARD 10. 6.

Im Mittelalter wurden die meisten Menschen ja über Bilder informiert.  
DLF 13. 6.  
Da sind wir wieder angekommen.

Den Esterhazys gehörte früher praktisch ganz Ungarn. Jetzt hat Peter Esterhazy ein neues Buch über seinen Vater und die Familie geschrieben. Er erhält dafür den Friedenspreis des deutschen Buchhandels.  
DLF 16. 6.

Wenn sich die Vernunft vom Glauben emanzipiert, zerstört sie die Gesellschaft.  
Kardinal Ratzinger

In Wien-Florisdorf gibt es kaum ein Wohnhaus, das der Gerichtsvollzieher noch nicht betreten hat.  
Beides 3sat 16. 6.

Das Waldstadion in Frankfurt/Main wird für die Fußballweltmeisterschaft 2006 rekonstruiert. Dort arbeitende serbische und polnische Bauarbeiter werden weit unter Tarif bezahlt. Sie arbeiten außerdem oft 11–14 Stunden täglich und bekommen aber nur für 8 Stunden Lohn.  
DLF 17. 6.

47 Prozent aller Deutschen wünschen sich Frau Merkel als Bundeskanzlerin. Wie verzweifelt muss ein Volk sein ...  
Bayrisches Fernsehen 18. 6.

Der Schweizer Schriftsteller Arthur Honegger hat ein Buch unter dem Titel „Die Fertigmacher“ geschrieben. In ihm schildert er das Schicksal Tausender elternloser Kinder, sogenannter Verdingkinder, in der Schweiz. Er selbst musste unter unmenschlichen Bedingungen zwei Jahre auf einem Bauernhof und drei Jahre in einer Arbeitserziehungsanstalt arbeiten. Er fordert jetzt Entschädigungen für die damaligen Kinder. Sein Verleger wollte das Buch erst nicht herausbringen. Begründung: Die Schweiz ist ein heiles Land, so etwas gab es in der Schweiz nicht.  
3sat 19. 6.

• **GEFUNDEN VON MANFRED ERBE**



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,  
V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,  
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345  
E-Mail: leipzigs\_neue@t-online.de  
Internet: www.leipzigs-neue.de  
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:  
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,  
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.  
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c,  
04420 Markranstädt. Tel.: 034205/18 010,  
Fax: 034205/18 062 E-Mail:  
bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
13. April  
Die nächste Ausgabe erscheint am  
30. April